

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **20. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2019/2020 vom 16. Dezember 2019

von 16.15 bis 18.45 Uhr

Vorsitz: A. Geering (CVP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: A. Zuraikat (CVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokoll der 14./15. Sitzung	
2.	19.65	Auflösung der Spezialkommission zur Vorbereitung der Neuwahl Ombudsperson (SOP)	S. Stierli
3.	19.103 (DFI)	8. Nachtrag zur Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur (Finanzhaushaltsverordnung) vom 31. Okt. 2005	R. Kappeler
4.	18.70 (DFI)	Parlamentarische Initiative U. Glättli (GLP), T. Brütsch (SVP) und U. Hofer (FDP) betr. Begründung und amtliche Publikation der Bewilligung hoher gebundener Ausgaben	R. Kappeler
5.	19.116 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2020 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	M. Nater
6.	19.95 (DTB)	Jährlich wiederkehrende Ausgaben für den Verein «energie bewegt winterthur» zulasten des Förderprogramms Energie Winterthur	R. Diener
7.	19.99 (DKD)	Genehmigung eines Subventionsvertrags mit Leistungsauftrag mit dem Verein «EINEWELT.ch» für die Durchführung des Afro-Pfingsten-Festivals	C. Bozzi-Brunel
8.*	19.111 (DFI)	Genehmigung des Budgets 2020 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2020 «Novemberbrief»; Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2021 bis 2023	F. Helg

- | | | | |
|------|-----------------|--|---------------------|
| 9. | 19.110 | Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2019 | Verschiedene |
| 10.* | 17.90
(DSS) | Fristerstreckung für die Umsetzung der Motion U. Glättli (GLP), Ch. Baumann (SP), G. Gisler (SVP) und Y. Gruber (BDP/EVP) betr. Schulbehörden-Organisation Winterthur | |
| 11. | 19.108
(DSS) | Begründung des Postulats M. Steiner (SP), Th. Leemann (FDP), K. Gander (Grüne/AL) und S. Müller (EVP) betr. Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt | |
| 12. | 19.23
(DSS) | Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) und S. Kocher (GLP) betr. Gymnasiumsprüfungsvorbereitung | |
| 13. | 19.127
(DTB) | Begründung der Motion S. Gygax-Matter (GLP), A. Steiner (GLP), B. Zäch (SP), M. Bänninger (EVP) und F. Heer (Grüne/AL) betr. Evaluation ÖV Winterthur 2050 | |
| 14. | 17.119
(DSS) | Beantwortung der Interpellation R. Comfort (GLP), M. Zehnder (GLP), B. Huizinga (EVP/BDP) und G. Milicevic Decker (Grüne/AL) betr. mehr Sonderklassen in Winterthur statt an auswärtigen Standorten | |
| 15. | 17.95
(DB) | Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Mobilität im hochverdichteten Raum: Think Tank und Versuchszonen | |
| 16. | 17.120
(DB) | Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Leitbild Naherholung Töss | |
| 17. | 17.67
(DB) | Antrag und Bericht zum Postulat B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), F. Helg (FDP) und M. Bänninger (EVP) betr. Testplanung Gleiskorridor SBB (Töss-Lindspitz) | |
| 18. | 17.159
(DTB) | Beantwortung der Interpellation Z. Dähler (EDU) und St. Feer (FDP) betr. Schwarmnutzung in der Stromversorgung | |
| 19. | 16.93
(DKD) | Antrag und Bericht zum Postulat M. Zeugin und M. Wäckerlin (beide GLP/PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur | |
| 20. | 17.163
(DKD) | Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), M. Wenger (FDP), M. Wäckerlin (GLP/PP) und R. Lüchinger-Mattle (CVP) betr. private Finanzierung von städtischen Leistungen | |
| 21. | 16.121
(DKD) | Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rütsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling | |
| 22. | 18.10
(DKD) | Beantwortung der Interpellation B. Zäch (SP) und F. Künzler (SP) betr. städtisches Land im Teuchelweihergebiet: Stadt- und Verkehrsplanung? | |
| 23. | 18.13
(DKD) | Beantwortung der Interpellation M. Sorgo (SP), D. Hofstetter (Grüne), K. Cometta (GLP) und Y. Gruber (BDP) betr. Lohngleichheit zwischen Mann und Frau in der städtischen Verwaltung und nahestehenden Unternehmen | |
| 24. | 18.66
(DKD) | Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP), U. Glättli (GLP), Ch. Griesser (Grüne/AL), I. Kuster (CVP/EDU) und B. Huizinga (EVP) betr. Transparenz bei der Stimmbeteiligung | |

- | | | |
|-----|----------------|--|
| 25. | 18.57
(DKD) | Beantwortung der Interpellation S. Müller (EVP), R. Diener (Grüne) und Z. Dähler (EDU) betr. Bedürfnisse Quartier Gutschick |
| 26. | 18.22
(DSS) | Beantwortung der Interpellation M. Steiner (SP), L. Banholzer (EVP), K. Gander (AL) und M. Zehnder (GLP/PP) betr. Belastungen im Schulleitungsumfeld |
| 27. | 18.68
(DSS) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP/EDU), R. Dürr (Grüne/AL), G. Stritt (SP), L. Banholzer (EVP) und S. Kocher (GLP) betr. Ernährungsrichtlinien für die schulergänzende Betreuung |
| 28. | 18.58
(DSS) | Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) betr. Kostenfolgen der Bürokratie bei der Kinderbetreuung |
| 29. | 18.59
(DB) | Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP), A. Geering (CVP) und U. Hofer (FDP) betr. Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen |

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsident A. Geering: Guten Abend. Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur 20. Sitzung des Amtsjahres 2019/20 und zur letzten Sitzung des Kalenderjahrs 2019. Entschuldigt für die heutige Sitzung ist André Zuraikat. Sonst sind mir keine Abmeldungen bekannt.

Mitteilungen

Ratspräsident A. Geering: Ich komme zu den Mitteilungen.

Die übliche Mitteilung: Marc wird, wenn er etwas sagt, das vermutlich aufnehmen.

Wie angekündigt sind die Ratsmitglieder nach der Sitzung, die Mitglieder des Stadtrates und die Medienschaffenden zum Weihnachtsapéro eingeladen, plus die Mitglieder der Verwaltung, die hier sind bis am Schluss. Wann der Schluss ist, wissen wir noch nicht. Ich habe Stadtmur gesagt, sie sollen den Apéro auf 19 Uhr bereit machen. Wir werden sehen, ob wir früher oder später sein werden.

Falls Ihr irgendwann ein Singen hört draussen, ist das der A-Cappella-Chor der ZHAW, der im Ratshausdurchgang ab 20.30 Uhr singen wird. Ich hoffe, dass wir dann nicht mehr hier oben sind, sondern unten beim Apéro.

Fraktionserklärungen sind mir keine bekannt.

Traktandenliste

Ratspräsident A. Geering: Damit kommen wir zur Traktandenliste, heute im Schnellzugstempo um 16.17 Uhr. Die Traktandenliste haben wir eigentlich am 2. Dezember bereits genehmigt. Ich weise nochmals darauf hin, dass das Traktandum 9, Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2019 mit der Geschäftsnummer 2019.110 abgesetzt ist, da noch nicht behandlungsreif. Die Traktanden 11 und 12 werden wir gemeinsam behandeln, wenn wir so weit kommen.

Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Traktandenliste genehmigt.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2019.111: Genehmigung des Budgets 2020 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2020 «Novemberbrief»; Kenntnissnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2021 bis 2023

Ratspräsident A. Geering: Genehmigung des Budgets 2020 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2020 «Novemberbrief»; Kenntnissnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2021 bis 2023.

Wir stiegen an der letzten Sitzung am 9. Dezember in das **Sozialdepartement** ein. Wir haben noch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, PG 615, behandelt.

PG 621, Sozial- und Erwachsenenhilfe.

Da sind mir weder Anträge noch Wortmeldungen bekannt. Diese Produktgruppe ist damit bewilligt.

PG 627, Prävention und Suchthilfe.

Da gibt es zwei Kommissionsanträge. Wir werden diese gemeinsam behandeln, da sie inhaltlich zusammengehören. Das Wort hat die Kommissionssprecherin, Astrid Erismann.

A. Erismann (SSK): Ich stelle das Geschäft im Namen der SSK vor, es geht um die Erhöhung des Globalkredits um 24'000 Fr. in der Produktgruppe Prävention und Suchthilfe, wie es Andreas Geering bereits angekündigt hat.

Der Antrag der SSK an den Gemeinderat lautet, dass der Soll-Wert der Wartezeiten im Programm Zebra 2020 von 75 auf 45 Tage gesenkt werden soll und ab 2021 (nach dem Abbau der Warteliste) bei 30 Wartetage stabilisiert werden soll. Das Budget soll entsprechend um 24'000 Fr. erhöht werden, um der Fachstelle zusätzliche 0,2 Stellen zu gewähren.

Die Fachstelle Zebra bietet Abklärung, Begleitung und Therapie für Kinder und Jugendliche aus suchtblasteten Familien an. Bei diesem Antrag geht es darum, die aktuell lange Wartezeit bei Aufnahme ins Zebra für Kinder mit ausgewiesenem Unterstützungsbedarf auf ein angemessenes, d.h. aus fachlicher Sicht verantwortbares Mass zu reduzieren. Mit einem verhältnismässig kleinen Beitrag von 24'000 Fr. kann ein entscheidender Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung des Angebots geleistet und sichergestellt werden, dass zugewiesene Kinder nicht durch die Maschen fallen, sondern die Therapie und Begleitung, die für sie vorgesehen ist, auch wirklich antreten.

Kann ich noch für die SP sprechen?

Ratspräsident A. Geering: Wir hören zuerst den Ablehnungsantrag von Markus Reinhard.

M. Reinhard (SVP): Ich stelle im Namen der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag – obwohl wir uns der Wichtigkeit des Programms Zebra bewusst sind. Laut den vorliegenden Informationen von Zebra ist das 1. Informationsgespräch kostenlos. Jegliche weitere Behandlung und Therapie wird über die Krankenkasse abgerechnet. Diese Kosten werden also durch anderweitige Stellen gedeckt. D.h. dass wir primär über den Aufwand für diese Erstgespräche sprechen.

Davon sind im Jahr 2018 18 Stück durchgeführt worden. 18 Erstgespräche in einem ganzen Jahr sind also ohne Stellenaufstockung nicht in einer vernünftigen Wartezeit von unter 75 Tagen zu realisieren. Wissen Sie, ich glaube schon nicht an eine wahnsinnige Effizienz der Verwaltung, aber diese Zahl glaube nicht einmal ich. Das bedeutet doch einfach, dass Ihr in dieser Verwaltung mit den bestehenden Ressourcen offenbar nicht in der Lage seid, innerhalb von 12 Monaten 18 Erstgespräche durchzuführen. Selbstverständlich anerkenne ich, dass 2018 insgesamt 40 Kinder behandelt worden sind und 629 kassenpflichtige Konsultationen

durchgeführt worden sind. Aber die 629 Konsultationen sind ja wie gesagt durch die Krankenkasse fremdfinanziert – dieses Geld kommt ja wieder herein. Also müsste es doch möglich sein, mit den vorhandenen Mitteln und mit einer gewissen Wartezeit, die auch bei therapeutischen Fragen zulässig ist, diese Wartezeiten zu verkürzen. Leider sieht es nicht so aus, das Gegenteil ist der Fall. Das zeigt u.a. auch der langsam aber stetig abnehmende Kostendeckungsgrad dieser Produktgruppe und die somit steigenden Kosten für den Steuerzahler. Weiter störend ist, dass der vorliegende Antrag hinsichtlich der Kennzahl durchschnittliche Wartezeit weiter geht als die Planung des Stadtrats. Statt wie vom Stadtrat vorgegeben und angestrebt 45 Tage soll man jetzt also auf 30 Tage hinuntergehen. Und das auch noch in vorseilendem Aktivismus, anstatt dass man abwartet, was die Verwaltung für Massnahmen zur Reduktion dieser Wartezeiten bringen wird. Das ist auch so angekündigt.

Beachten wir dann noch, dass über 80% dieser Kinder bereits durch eine vorgelagerte Stelle wie die Suchthilfe Winterthur oder Kinder- und Jugendhilfezentrum zugewiesen werden, d.h. dann also, dass lediglich bei 20% der Fälle eine gewisse Dringlichkeit oder der Ansatz einer Krisenintervention vorliegt. Die übrigen 80% sind ja bereits durch andere Fachstellen betreut. Somit ist für dieses spezielle Angebot aus unserer Sicht auch eine gewisse Wartezeit akzeptabel.

Nochmals: 18 Erstgespräche, die kostenlos sind, Der Rest sind kassenpflichtige Konsultationen. Und trotzdem bringen wir es mit den vorhandenen Ressourcen nicht zustande, die Wartezeiten angemessen und in einem für die Allgemeinheit erträglichen Kostenrahmen abzudecken. Wir sehen deshalb keinen Bedarf und lehnen den Stellenaufbau und damit die höheren Ausgaben ab und bitten Sie, uns das gleichzutun. Nicht zuletzt auch im Gesamtkontext vom vorliegenden Budget und insbesondere unter Beachtung vom masslosen stadträtlichen Stellenaufbau.

U. Bänziger (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt diese Erhöhung ebenfalls ab. Wie von Markus erwähnt wurde, ist im Plan 2021 und 2022 vom Stadtrat bereits vorgegeben, dass man die Wartezeit auf 45 Tage reduzieren soll - von jetzt geplant noch 2020 von 75 Tagen. Was für mich eigentlich eher störend wird, ist, dass wir einfach auch ein bisschen an den Zielvorgaben herumschrauben. Wenn ich das Budget 2019 anschau, war die Zielvorgabe damals noch drin im Soll 2018 mit 20 Tagen, schlussendlich abgeliefert hat die Stadt 101 Tage. Die 101 Tage sind komplett nicht akzeptabel und die Volatilität ist in dem Sinn auch nicht akzeptabel. Aber wir denken, dass sich der Stadtrat durchaus seiner Verantwortung bewusst ist und entsprechend die Wartezeit auf 45 Tage reduzieren möchte. Wir empfehlen wie gesagt, den Antrag abzulehnen und dem Antrag des Stadtrates im Budget zu folgen.

B. Huizinga (EVP): Die EVP unterstützt den Kommissionsantrag, denn meist werden Angebote wie Zebra erst kontaktiert, wenn eine Not besteht. Und in der Not muss schnell gehandelt werden, besonders bei einer so vulnerablen Bevölkerungsgruppe wie Kindern und Jugendlichen. Bei langen Wartezeiten geht die Motivation wieder verloren und es muss bis zu einer weiteren Intervention der nächste Notfall abgewartet werden. Die SVP argumentiert, es sei mit einer «gewissen» Wartezeit durchaus legitim, dass man da eine «gewisse» Wartezeit hat. Aber auch mit 45 Tagen besteht aus unserer Sicht immer noch eine ziemliche «gewisse» Wartezeit für so etwas. Und mit diesem Antrag verkürzt man jetzt wirklich diese Wartezeit. Denn ein Monat (oder ein bisschen darüber hinaus) ist immer noch genug.

M. Zehnder (GLP): Beim beschriebenen Antrag steht, dass die Kinder bis 75 Tage warten müssen, bis ein solcher Therapieplatz frei wird. Besserung ist für in einem Jahr prognostiziert und dazu steht im Buch B auf p. 246 als Erklärung, dass «in den Folgejahren Massnahmen zur Reduktion zu planen sind». Mit Verlaub – aber was hat denn das Departement in den vergangenen Jahren gemacht? Wenn geeignete Massnahmen zu planen wären? Wurde da etwas erwartet, dass das Parlament aktiv wird?

Wenn wir die Vorgaben aus dem Budgetbuch genauer anschauen, muss man sich sowieso fragen, wieso man die 20%, die da gefordert sind, nicht aus anderen Projekten rekrutieren kann? Aus Projekten, die ein bisschen weniger Ressourcen benötigen, wie z.B. die Alkoholberatung oder Methadonbehandlung, wo ja auch Leute im Departement angestellt sind, die etwas von sozialen Sachen verstehen. Aber obwohl da mehr ein organisatorisches als wirklich ein Ressourcen-Problem auszumachen ist, wollen wir diese politische Diskussion, die wir unbedingt noch führen müssen, nicht auf dem Rücken der zu beschützenden Kinder austragen.

Die GLP wird deshalb der Erhöhung um 20% zustimmen.

I. Kuster (CVP/EDU): Auch da: Wenn wir als CVP/EDU-Fraktion unserem Eingangsvotum treu bleiben und die Produktegruppe betrachten – und v.a. die Kosten dieser Produktegruppe anschauen - stellen wir fest: Die gesamte Produktegruppe hat einen Aufwand von rund 12,5 Mio. Die Personalkosten machen ca. die Hälfte aus. Für das Produkt 1, Prävention, sind 1,846 Mio. geplant. Da muss es doch wirklich möglich sein, den benötigten Betrag von 24'000 Fr. durch Einsparungen an anderen Stellen zu finden und so für kürzere Wartezeiten einzusetzen. So wie das auch Markus Reinhard erwähnt hat. Und 24'000 Fr., betrachtet auf die ganze Produktegruppe, das wäre noch viel weniger. Nämlich knapp 0,5%. Und 0,5% auf eine ganze Produktegruppe – das müsste machbar sein.

Wir sind nicht gegen die Verkürzung der Wartezeit. Wir finden aber, die Produktegruppe soll diesen Betrag intern organisieren. Und deshalb lehnen wir den Antrag ab und konsequenterweise auch die Anpassung der Ziele.

F. Heer (Grüne/AL): Kinder sind ja bekanntlich unser wichtigstes Gut und doch kommt da immer wieder, und letzte Woche besonders, das liebe Geld. Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien tragen in diversen Bereichen höhere Risiken. Schwierigkeiten sind eigentlich fast vorprogrammiert. Die Wartezeiten für das ausgewiesene hilfreiche Programm zu verkürzen, ist aus ethischer Sicht unbedingt notwendig und hilft, spätere Folgen zu begrenzen - sowohl menschliche als auch finanzielle.

Dieser verhältnismässig kleine Beitrag senkt die Frist deutlich und hilft unmittelbar, die Chancengleichheit zu erhöhen. Und Chancengleichheit ist ja bekanntlich ein erklärtes Ziel des Liberalismus. Und nur schon deshalb sollte es dieser Antrag eigentlich einfach haben im Rat. Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt diesen Antrag selbstverständlich.

A. Erismann (SP): Ich trage noch die Haltung der SP vor. Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien zählen zu den am stärksten gefährdeten Menschen für Suchterkrankungen und psychische Störungen. Sie entwickeln 6 x häufiger eine Suchterkrankung als Kinder aus nicht suchtbelasteten Familien.

Die Kinder schämen sich für ihre Eltern und begeben sich dadurch häufig in soziale Isolation (es können beispielsweise keine Freunde nach Hause gebracht werden und erzählen, wie es zuhause läuft, kann man meistens auch nicht). Kinder aus suchtbelasteten Familien sind oft sozial auffällig (entweder sehr laut oder auch sehr still) und ihre Eltern stossen in der Erziehung schneller an ihre Grenzen. Betroffene Kinder fühlen sich mitschuldig an der Sucht der Eltern und können durch den Versuch, das „Familiengeheimnis Sucht“ zu bewahren, in schwere Loyalitätskonflikte geraten. Kinder fühlen sich meist auch verantwortlich für ihre Eltern und versuchen sie zu stützen und vom Konsum abzuhalten. Diese Dynamik macht die jungen Menschen zu Geheimnisträgern mit viel Verantwortung.

Die Fachstelle Zebra, wie ich es vorhin gesagt habe, bietet Abklärung, Begleitung und Therapie für Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien an. Die jungen Menschen lernen, ihre Erlebnisse zu verstehen, einzuordnen und mit ihren Schwierigkeiten besser umzugehen. Auch die Eltern erhalten bei Zebra Hilfe in der Erziehung, Fachpersonen Information und Beratung.

Da möchte ich einen Einschub machen an diejenigen, die diesen Antrag nicht unterstützen möchten: Es ist eben nicht nur, dass mit dem Geld, das wir beantragen möchten, nur diese Erstgespräche durchgeführt werden. Sondern es sind eben auch Fachpersonen, die beraten

werden, Informationen in der Schule und auch Beratung von Eltern. Das möchte ich da doch noch festhalten.

2/3 der Aufwände der Fachstelle sind refinanziert. Abklärung und Therapie können über die Krankenkasse abgerechnet werden. Hinzu kommen Beiträge an die Fachstelle aus dem Alkoholzehntel. Durch Steuererträge gedeckt werden muss allerdings die Phase, bevor Abklärung und Therapie greifen können. Besonders wertvoll ist laut den zuweisenden Stellen, dass die Mitarbeitenden des Zebra „einen längeren Schnauf“ als andere Institutionen haben, wenn es darum geht, mehrmals auf Kinder mit Unterstützungsbedarf zuzugehen (z. B. weil Termine vergessen wurden oder weil während der langen Wartezeit die Ängste vor dem sich exponieren steigen oder die Motivation schwindet).

Als ich der Budget-Vorbesprechung zur Produktegruppe Prävention und Suchthilfe erfahren habe, dass die Wartezeit im Zebra aktuell 100 Tage beträgt, hat mich das sehr betroffen gemacht. Wenn eine Zuweisung vom Kinder- und Jugendhilfezentrum, vom Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst oder der Schulsozialarbeit erfolgt, müssen die Kinder sehr schnell betreut werden können. Bei suchtblasteten Familien braucht es meist eine aufwändigere Motivations- und Überzeugungsarbeit, damit die Kinder von der Fachstelle Zebra begleitet werden können. Bei zu langen Wartezeiten geht diese Bereitschaft häufig schnell verloren und die Kinder treten die Therapie gar nicht erst an. Sie laufen grosse Gefahr, selbst depressiv oder suchtmittelabhängig zu werden.

Die SP beantragt nun für das Budget 2020 die Erhöhung des Globalkredits um 24'000 Fr., was einer Erhöhung des Stellenplans um zusätzliche 20% entspricht, und damit soll der Soll-Wert der Wartezeiten im Zebra auf 45 Wartetage 2020 und ab 2021 auf 30 Wartetage gesenkt werden. Das ist aus fachlicher Sicht dringend notwendig. Zurzeit werden 40-50 Kinder von der Fachstelle betreut. Es ist die Hoffnung, dass mit den zusätzlichen Ressourcen 2020 20 Kinder pro Jahr zusätzlich aufgenommen werden könnten. Und das, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen allen ans Herz legen.

Stadtrat N. Galladé: Es ist gefallen, dass die Kosten steigen in dieser Produktegruppe in den vergangenen Jahren. Es konnte aber nachgewiesen werden, dass es bis auf eine Ausnahme (Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention) v.a. auf der Erlösseite Rückzug von anderen Finanzierern gibt (da habe wir jetzt konkret Beiträge aus dem Alkoholzehntel, die zurückgehen; wir hatten den Rückzug von Krankenkassen bei verschiedenen Finanzierungen; wir hatten das kantonale Sanierungsprogramm 316). Vor allem auf der Einnahmeseite ziehen sich andere zurück. Das vielleicht einfach zur Geschichtsschreibung der Entwicklung der Kosten hier.

Es wurde das Budget 2019 angesprochen. Zum Budget 2019 muss man sagen – und ich glaube, das zeigt eben auch, wie verantwortungsbewusst man damit umgegangen ist – man hat damals, in der Annahme, dass man da eine Refinanzierung hat aus dem Alkoholzehntel, gesagt, man schafft eine leichte Aufstockung dieser Stelle. Man hat das damals so begründet, dass es eben quasi refinanziert sein wird über Drittmittel. Das war schon länger Diskussion in der SSK, wieso die Wartezeiten so hoch seien. Und dann haben wir aber im Laufe des Jahres schon früh gemerkt, dass diese Drittmittel wegfallen, weil sich wieder ein Akteur zurückzieht, und dann haben wir diese Stelle nicht einfach wieder besetzt. Das hat aber zur Folge gehabt, dass dieses Delta jetzt moniert wurde – aber letztlich ist es eine Folge davon, dass wir erwartete und Ihnen angekündigte Drittmittel, die nicht gekommen sind, nicht einsetzen konnte für den Stellenaufbau. Das haben wir hier im Budgetprozess auch sehr transparent gemacht. Und von daher: Wenn Sie an einer Kennzahl, an einer parlamentarischen Zielvorgabe, nach unten schrauben möchten, sagen wir, wie viele Ressourcen das wäre. Das ist eigentlich so, wie es funktionieren sollte vom Formellen her. Materiell wird der Stadtrat an seinem Antrag, der da mit dem gelben Blatt vorliegt, festhalten.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen über beide Anträge gleichzeitig ab.

Wer den beiden Kommissionsanträgen zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handheben.

Wer ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Das ist eine klare Mehrheit, die zugestimmt hat. Die beiden Anträge sind damit genehmigt und die Produktgruppe 627, Prävention und Suchthilfe abgeschlossen.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich kann das Votum «in Glaubenssachen» von Markus Reinhard nicht ganz so stehenlassen. Wenn man nach aussen sagt, man habe den Glauben an diese Stadtverwaltung oder an effizientes Arbeiten in der Stadtverwaltung verloren, dann würde ich das eher noch als Aberglauben bezeichnen. Und es ist wenig Respekt gegenüber den städtischen Mitarbeitern zu spüren – und das haben sie nicht verdient.

Ich denke, die städtischen Mitarbeitenden arbeiten genauso professionell und genauso effizient wie die Mitarbeiter in den privaten Unternehmungen arbeiten. Deshalb hoffe ich, dass Markus Reinhard über die Feiertage vielleicht an seinem Glauben arbeiten kann. Und ich möchte auch sagen: Ihr als Gemeinderat seid ja nicht Gegner dieser Stadtverwaltung. Man darf durchaus als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auch für diese Stadtverwaltung einstehen, wie wir es im Stadtrat auch machen. Wir sind eine Einheit mit Stadtrat, Gemeinderat und Stadtverwaltung.

Und da bitte ich Euch, Euch über die Feiertage ein paar Gedanken zu machen - allen voran Markus Reinhard.

Ratspräsident A. Geering: Vielen Dank.

PG 628, Individuelle Unterstützung

PG 638, Spitex

Bei diesen beiden Produktgruppen sind mir weder Voten noch Anträge bekannt. Damit sind diese beiden Produktgruppen genehmigt.

PG 640, Alterszentren:

Da gibt es zwei Kommissionsanträge, die in der Kommission zu Null waren. Ich gehe nicht von einer Diskussion aus nachher, gebe jetzt aber das Wort Romana Heuberger zur Begründung dieser Anträge.

R. Heuberger (BBK): Die BBK beantragt mit 9:0, dass man den Verpflichtungskredit 13152 über insgesamt 3,975 Mio. von Paragraph auf Hashtag ändert. Paragraph würde ja heissen, dass diese Ausgaben gebunden sind. Und Hashtag bedeutet, dass wir im Gemeinderat eine Vorlage erhalten zu dieser Umnutzung. Die Umnutzung der Villa im Alterszentrum Adlergarten ist aus Sicht der BBK nicht umstritten. Die Unterkunft wird im Moment genutzt für eine Wohngruppe und mittlerweile hat man festgestellt, dass dieses Gebäude für eine Nutzung als Wohngruppe schlicht nicht geeignet ist. Dass man sie umnutzen soll, ist also klar. Aber in welcher Form man sie umnutzt und wie diese Umnutzung stattfinden soll, auch bezüglich Umbau des Gebäudes selber, was man dort noch investieren will, ist aus unserer Sicht nicht klar. Da besteht Handlungsspielraum. Und damit ist eigentlich die Gebundenheit für die Gebundenheit dieser Ausgabe nicht gegeben. Wir haben das in der BBK an den zuständigen Stadtrat Nicolas Galladé zurückgespiegelt. Er hat, nach nochmaliger Überprüfung, ebenfalls attestiert, dass das nicht unbedingt als gebunden erklärt werden muss, und dass sie auch bereit sind, eine Vorlage für die Umnutzung in den Gemeinderat zu bringen. Die Umschreibung von Paragraph auf Hashtag war unbestritten, wie gesagt 9:0, und der Stadtrat kann dem zustimmen.

Ratspräsident A. Geering: Schliesst sich der Stadtrat an?

Stadtrat N. Galladé: Ja.

Ratspräsident A. Geering: Dann sind, ohne Voten und Gegenantrag, die beiden Anträge bewilligt. Damit ist die Produktgruppe 640, Alterszentren abgeschlossen.

PG 645, Beiträge an Organisationen

PG 650, Arbeitsintegration

Meines Wissens liegen weder Anträge noch Voten vor. Damit sind auch diese beiden Produktgruppen bewilligt.

Das Budget des Departement Soziales ist damit abgeschlossen und bewilligt.

Wir kommen zum **Departement Technische Betriebe**.

PG 710, Stadtwerk Winterthur:

Dort gibt es einen Antrag der Grüne/AL-Fraktion. Das Wort hat Reto Diener.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL beantragen bei Stadtwerk die Anpassung eines Indikators. Es geht um den Vergleichsindikator bei den marktgerechten Strompreisen, im Buch auf p. 289. Dieser steht heute auf dem Wert 91%. Wir beantragen, dass man diesen Wert auf 100% setzt. Es geht da um einen Vergleichswert, den Stadtwerk mit anderen grossen Städten in der Schweiz macht, wo man sich einordnet, wo man in etwa mit dem Preis ist – ob man tiefer ist mit dem Preis oder ob man höher ist mit dem Preis.

Eine ähnliche, vergleichbare Mechanik haben wir beim Gasverkauf, wo der Wert dieses Indikators heute auf 100% steht. Also auf dem Wert, den wir jetzt auch für den Strompreis beantragen.

Die Begründung: Realistisch ist aktuell ein Wert von knapp 100%. Es macht aus mehreren Gründen keinen Sinn, den Wert so tief anzusetzen, wie er jetzt angesetzt worden ist. Er kann gar nicht eingehalten werden aus einer ganzen Reihe von Gründen, was auch plausibel von Stadtwerk dargelegt worden ist.

Wir finden, es macht auch aus mehreren Gründen politisch keinen Sinn, diesen Wert so anzusetzen.

Steigt nämlich a) der Preis weiter laufend an, wie er sich tatsächlich in der letzten Zeit am sich entwickeln ist, müsste man ohnehin nachziehen und könnte nur schon rein aus diesen formellen Überlegungen den Wert so kaum aufrechterhalten. Bzw. man hat eigentlich dann gar keine Möglichkeit, das dann so zu beeinflussen.

b) ist ein tiefer Gesamtpreis der Energie ökologisch betrachtet und aus der energetischen Betrachtung ohnehin ein grundsätzlich falsches Signal an die Konsumenten. Energie soll ihren Preis haben, denn sie ist kostbar, sie ist aufwändig zum Erstellen, egal wie und über welchen Weg man sie herstellt. Und wir müssen generell in Zukunft eher mit der Verknappung rechnen, auch in der Stromthematik, weil dort ja erneuerbare Energien auch nicht immer und zu jeder Zeit zur Verfügung stehen. Es ist also sinnvoll, den Anreiz für Effizienzgewinn für alle Verbraucher aufrechtzuerhalten und damit die gesamte Energieeffizienz zu steigern.

Und als letzter Punkt: Kein Kunde von Stadtwerk, im Grundangebot, wechselt seinen Wohnort, nur weil er ein paar Rappen mehr zahlt. Wir wissen alle: Wenn man eine Umfrage macht, kann fast keiner klar beantworten, wie viel er überhaupt zahlt für den Strom jedes Jahr.

Danke für die Unterstützung.

M. Nater (GLP): Wir von der GLP haben letztes Jahr unseren Antrag durchgebracht, den Stromtarif um 2% zu senken, mit folgenden unveränderten, grün-sozial-liberalen Argumenten: Das 1. Argument waren die hohen Stromtarife für Kleinkunden. Also gerade für Haushalte, die auf das Geld schauen müssen, ist der Strom halt doch eine gewichtige Ausgabe. Ein durchschnittlicher Haushalt zahlt ca. 900 Fr. für Strom. Auch zeigt leider die Erfahrung, dass Stadtwerk diese Tarife immer sehr konservativ kalkuliert. Dadurch erreichen sie die gesetzten WOV-Ziele leider meistens nicht.

Das 2. Argument war die Förderung der erneuerbaren Energien, damit diese auf der Kostenseite eine Chance haben gegen die fossilen Energien. Die Grünen schauen die jetzige Situation als unrealistisch an. Da helfen halt einige Fakten: Wirtschaftlichkeit. In den letzten Jahren war der Gewinn von Stadtwerk im Strombereich immer über 10 Mio. Der Strompreisvergleich

der ECom für 2020 zeigt für die Stadt Winterthur einen Betrag von 20,9 Rappen pro Kilowattstunde. Beim ewz, das auch 100% erneuerbare Energie liefert, dort zahlt man mit 20 Rappen weniger. Und in Neftenbach, das ganz klar auch dreckigen Strom liefert, dort zahlt man noch 17,07 Rappen. Also 18% weniger. Und jetzt wollen wir diese Strompreise noch anheben. Und ich habe mit Erschrecken festgestellt: Die Stadt Winterthur hat die höchsten Strompreise vom ganzen Kanton Zürich. Und jetzt wollen wir diese nochmals um 9% anheben, d.h. jeder Haushalt zahlt ca. 100 Fr. mehr. Das sind nicht nur in paar Rappen.

Und was heisst das? Stadtwerk bekommt wieder ein paar Millionen mehr. Und wenn diese Millionen in den Klimaschutz fliessen würden, würde ich das ja noch gutheissen. Aber diese Millionen fliessen in das Profitcenter, fliessen in mehr Gewinn bei einem Profitcenter, das ohnehin schon bei 10 Mio. liegt. Das mal zu dieser Situation.

Das andere, das wir haben, ist einfach das Klima. Das Ziel ist, da bin ich mit den Grünen einig, die Energie so effizient wie möglich einzusetzen, z.B. für Wärmepumpen mit einem guten Wirkungsgrad. Aber um das Klima zu retten, müssen wir v.a. auf die erneuerbaren Energien setzen, wie der Strom in Winterthur. Fakt ist aber, dass die fossile Energie für das Gas in Winterthur im Moment ca. 7,5 Rappen pro Kilowattstunde kostet. Also im Moment ist es doppelt so billig wie der Strom. Wenn man weniger CO₂-Emissionen will und akzeptiert, dass es einen Markt gibt, muss man entweder die fossile Energie verteuern oder die erneuerbare Energie billiger machen.

Das politische Ziel, das die Grünen da setzen, ist einfach nicht nachvollziehbar. Denn erneuerbarer und regionaler Strom soll auf das Dreifache des Gastarifs verteuert werden, was im Endeffekt die fossilen Energien in Winterthur noch attraktiver macht. Wir von der GLP wollen keine verdeckte Steuererhöhung über die 9% höheren Strompreise, was jeden Haushalt und das Gewerbe trifft. Auch ist unser Ziel, die Preisdifferenz zwischen fossilen Energien und erneuerbaren Energien zu verkleinern. Deshalb werden wir von der GLP dem unrealistischen Antrag der Grünen nicht zustimmen.

F. Landolt (SP): Was realistisch und was unrealistisch ist, da kann man geteilter Meinung sein. Wir unterstützen diesen Antrag, und zwar einfach, weil es eine gewisse Entlastung bedeutet. Es ist nicht die Wirtschaftlichkeit, die an einer so hohen Stelle ist. Wenn es 100% ist, ist man im Prinzip gerade im Durchschnitt der Städte.

Wir haben heute Abend diese Broschüre erhalten. Und da sind ja vier Handlungsfelder genannt: Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Netze und Speichern, Europäische Vernetzung. Das sind grosse Projekte und wichtige Vorhaben. Mich dünkt es, da an dieser Wirtschaftlichkeit zu schrauben, vor diesen Herausforderungen, vor denen wir stehen, so stark zu schrauben, finden wir unangemessen. Und deshalb unterstützen wir das.

Und wir wünschen Stadtwerk ein glückliches Umsetzen dieses Masterplans.

R. Heuberger (FDP): Es hat immer einen gewissen Unterhaltungswert, wenn sich die Grünen und die Grünliberalen darüber streiten, welcher Energiepreis dann letztendlich zu ökologischerem Verhalten in dieser Stadt führt.

Markus Nater hat sehr viele Zahlen schon präsentiert, deshalb möchte ich eigentlich nur kurz auf etwas eingehen. Im 2018 beantragte die GLP, den WOV-Indikator von 93% auf 91% zu reduzieren mit der Begründung, der Strompreis in Winterthur sei viel zu hoch angesetzt. Jetzt beantragen die Grünen, den Indikator wieder auf 100% zu erhöhen. Aus meiner Sicht ist das die Verwaltung an der Nase herumgeführt. Letztes Jahr war das Kommando hüsch, dieses Jahr das Kommando hot. Wer soll das noch nachvollziehen können? Wir haben als Parlament auch eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden der Stadt und von Stadtwerk, dass wir mit diesen WOV-Indikatoren klare Signale setzen und nicht jedes Jahr wechselnde Signale. Das eher spontane Verwirrspiel im Parlament erachten wir als nicht sehr zielführend. Natürlich werden wir den Indikator im 2019 voraussichtlich deutlich nicht einhalten können. Dafür gibt es aber klare Begründungen. Wir sind derzeit auch daran, in der BBK alle WOV-Indikatoren zu hinterfragen. Es kann davon ausgegangen werden, dass es diesen Indikator in dieser Form im nächsten Budgetprozess ohnehin so nicht mehr geben wird. Jetzt diesen Indikator auf 100% hinaufzusetzen ist unsinnig, und da sind alle meine Vorredner von etwas

Falschem ausgegangen. Weil dies ohnehin keinen Einfluss mehr hätte auf die Preispolitik des kommenden Jahres, dann die Stadt muss die Tarife bereits im August der zuständigen Stelle melden. Und diese Tarife sind bereits festgelegt für 2020. Die Stadt kann im Prinzip gar nichts mehr machen, es ist bereits passiert. Von daher könnte man sogar den Prozentsatz auf 100% heraufsetzen, es hat schlicht und einfach gar keine Auswirkung.

Und deshalb finden wir: Wir haben klare Signale an die Stadtverwaltung gesendet, indem wir letztes Jahr sagten, man solle heruntergehen. Wir sind der Meinung, es hat sich nichts geändert. Und deshalb werden wir dieser Erhöhung nicht zustimmen.

M. Gross (SVP): Inhaltlich schliesse ich mich meiner Vorrednerin an. Für mich macht es schlichtweg keinen Sinn, so lange über einen solchen Faktor zu debattieren. Aber Stadtwerk Winterthur ist natürlich eine Erwähnung wert. Es ist immerhin ein 240 Millionen-Unternehmen, das da geleitet wird mit einer neuen Führung, mit einem neuen Stadtrat. Man merkt: Vor 3-4 Jahren musste man über das Unternehmen wesentlich mehr und böserer Worte verlieren als über einen Indikator, der gar nicht beeinflussbar ist, zu sprechen. Es ist Ruhe eingeekehrt in diesem Departement. Wir haben meines Erachtens gute Kommunikation. Wir haben einen neuen CEO, der seine Sache gut macht. Und ich nehme das Votum von Mike auf und möchte auch allen Mitarbeitern gratulieren. Wir haben ein Budget, das ausgeglichen ist, das praktisch so bleibt, auch wenn die Einwohnerzahl steigt. Natürlich ist noch nicht alles Gold, was glänzt. Beim Strompreis könnte man schon noch arbeiten nach unten, aus unserer Sicht. Aber ich möchte das Votum nutzen um auch zu danken für die Arbeit, die gemacht wurde. Stadtwerk ist – unseres Erachtens und auch wie wir es in der BBK erleben – auf einem sehr guten Weg. Wenn man das vor 3-4 Jahren gesagt hätte, hätte uns das niemand geglaubt. Aber da haben es anscheinend ein paar im Griff. Danke vielmals.

R. Diener (Grüne/AL): Nur eine kleine Replik, Markus. Ich habe nicht gesagt, dass ich den Strompreis hinaufsetzen möchte. Der Strompreis ist bereits seit zwei Jahren ungefähr auf diesem Niveau. Knapp darunter. Es geht nur darum, den Indikator eigentlich so zu setzen, wie er vernünftigerweise überhaupt erreicht werden kann. Ein Indikator, der völlig unrealistisch ist, macht schlicht überhaupt keinen Sinn.

Und nochmals zur Intervention, die von der anderen Seite gekommen ist: Wir haben heute tatsächlich eine Festlegung von einem Indikator, von dem wir nicht wissen, ob wir den in Zukunft noch haben werden. Es ist trotzdem völliger Blödsinn, einen Indikator auf einen Wert zu setzen in einem Budget, der so was von neben den Schuhen und neben der Planung und vernünftigen Zielsetzungen, die man sich geben kann, ist. Es würde diesem Parlament gut anstehen, da einen vernünftigen Entscheid zu fällen.

M. Wackerlin (PP): Lieber Reto, ich muss Dich da auf einen Fehler aufmerksam machen. Du hast offensichtlich WOV nicht verstanden. Die Idee von WOV-Indikatoren ist, dass das Parlament politischen Auftrag an den Stadtrat geben kann. Wir bilden nicht einfach ab in den Indikatoren, was die Stadtverwaltung macht – sondern was wir wollen von der Stadtverwaltung. Und wenn wir etwas wollen, dann kommt das eben rein und dann ist das ein Auftrag an den Stadtrat, das zu erfüllen.

Stadtrat St. Fritschi: Nach dem Votum von Michi Gross fühle ich mich bestärkt, dass ich in der Politik bin, weil da kann man 2,5 Jahre etwas machen und man ist immer noch neu. Das ist etwas, was sonst – in der Modeindustrie oder so – nicht so lange wäre, dass man das Etikett «neu» hat. Aber ich werde die nächsten 10 Jahre noch neu sein im Departement Technische Betriebe, deshalb danke für die Bemerkung.

Es ist also nicht böse gemeint von uns, dass wir das nicht erreichen werden im Jahr 2019. Aber es ist, wie es Romana Heuberger gesagt hat: Alle Energieversorgungsunternehmen müssen gleichzeitig den Tarif festlegen und diesen dann der EICom übermitteln. Und da kann man erst am Tag darauf dann sagen, ob man das WOV-Ziel erreicht oder nicht. Und wir haben am Tag darauf, also am 1. September, festgestellt, dass wir es nicht erreicht haben. Wir stellten dann fest, dass die, die mit uns in diesem zufälligen Benchmark sind, die anderen 7

Städte, die Tarife bei denen nicht so hinaufgehen, wie wir es eigentlich erwartet haben. Und deshalb werden wir es 2019 nicht erreichen.

Ich habe es schon bei der letzten Budgetdebatte gesagt, dass es mir an sich lieber wäre, wenn man das höher setzen würde. Ich akzeptiere aber auch Eure Meinung. Und zwar einfach aus dem einfachen Grund, dass für mich Strom auch ein wertvolles Gut ist. Und ein wertvolles Gut muss nicht unbedingt im Vergleich zum Benchmark einen Dumping-Preis erfahren. Sondern ein kostbares Gut, das ist eine wirtschaftliche Überlegung, muss seinen Preis haben, so dass dann am Schluss auch nicht ein Überfluss konsumiert wird.

Ich möchte einfach noch erwähnen: Der Vergleich, den Markus Nater aufgestellt hat, ist im Kanton Zürich aufgestellt worden. Da ist das ekz, das dem Kanton sehr wenig abliefern muss. Vor zwei Wochen haben wir hier drinnen einen Antrag gestellt, dass wir 10,9 Mio. von Stadtwerk in den Steuerhaushalt transferieren. Wenn Ihr das nicht wollt, dann hättet Ihr dort andere Anträge stellen müssen oder dagegen stimmen. Denn dann wäre natürlich automatisch mehr Geld im Stadtwerk und dann könnte man auch über die Tarife sprechen.

Es ist aber ganz klar die Meinung des Stadtrates und es gab ja keine Diskussion, weil alle der gleichen Meinung waren. Man wollte, dass Stadtwerk 11 Mio. in den Steuerhaushalt schiebt. Man kann am Schluss nicht beides: Man kann nicht Dumping-Preise verlangen bei den Gebühren von Strom und nachher erwarten, dass Stadtwerk dann doch noch genügend Geld rüberschieben kann in den Steuerhaushalt. Das muss man sich einfach überlegen.

Ich hoffe auf eine weise Entscheidung des Gemeinderates und wir versuchen, die Ziele, die Ihr uns setzt, möglichst umzusetzen.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Fraktionsantrag der Grünen/AL zustimmen möchte, um den Wert 2020 auf 100% zu erhöhen, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Das ist eine deutliche Mehrheit, die ablehnt. Damit ist das Budget der Produktegruppe 710, Stadtwerk Winterthur, ohne Veränderung genehmigt.

PG 731, Stadtbus Winterthur

PG 732, FinöV Stadt

Da sind mir weder Voten noch Anträge bekannt. Die beiden Produktegruppen werden damit so genehmigt.

PG 770, Stadtgrün Winterthur

Da gibt es zwei Fraktionsanträge, die wir einzeln behandeln werden. Ich gebe das Wort der CVP/EDU-Fraktion zur Begründung des Antrags, Zeno Dähler.

Z. Dähler (CVP/EDU): Wir haben gerade vorhin gehört, wie schwierig es ist, Ziele zu setzen, die sinnvoll sind, die messbar sind und die beeinflussbar sind. Es war schon letzte Woche Thema meines Votums, dass wir entsprechende Ziele haben müssen, um mit WOV richtig arbeiten zu können. Letzte Woche konnte man das Gefühl bekommen, in einer solchen Produktegruppe gibt es genau ein Ziel, und dass man das nicht erreicht – es ist aber im Normalfall so, dass es einige Ziele gibt. Und wenn man dann vielleicht eines nicht erreicht, muss man vielleicht zuerst innerhalb der Produktegruppe schauen, wie man die Priorität setzen muss, damit man die Ziele allgemein erreicht oder besser erreicht, als einfach nur die Kosten zu erhöhen.

Auch hier werden aus unserer Sicht die Kosten zu sehr hochgefahren. Entsprechend wenn man im Finanzplan über das nächste Jahr hinausschaut, ist es notwendig, die Kostensteigerung zu begrenzen. Entsprechend war unsere Idee für diesen Antrag.

Es ist soweit klar, was wir von der CVP/EDU wollen. Es ist, wie letzte Woche schon gesagt, ein politisches Votum. Entsprechend ziehe ich diesen Antrag zurück.

Ratspräsident A. Geering: Der Antrag ist zurückgezogen. Jetzt habe ich eine volle Redeliste. Möchte jemand noch dazu sprechen? – Nein. Damit ist dieser Antrag zurückgezogen und erledigt.

Wir haben einen 2. Fraktionsantrag, von der SP, Felix Landolt.

F. Landolt (SP): Winterthur ist eine wachsende Stadt, das wissen wir alle. Es sind jährlich ca. 500 Wohnungen, die gebaut werden, die bezogen werden. Das erfordert entsprechende Infrastruktur und macht Druck.

Ich war heute zufälligerweise im Stadthaus und habe dort eine Visualisierung gesehen von dieser Stadt, wie es auch aussehen könnte. Es ist noch eindrücklich, doch, mit diesen weissen Klötzchen, die herumstehen. Es ist natürlich keine Planung, aber einfach eine Richtung, wo es hingeht.

Dann stehen wir vor grossen, wirklich grossen Bauprojekten, Infrastrukturbauprojekten. Das ist die Verbreiterung von 24 m auf 32 m von der A1, das sind 8 m, ca. 4 m auf jeder Seite. Dann gibt es noch ein zweites Grossprojekt, das ist der Brüttener Tunnel, der ganz Töss verändern wird.

Der öffentliche Raum und der Freiraum sind in diesem Moment, in dem so viel geplant wird und ein solcher Verdichtungsdruck besteht, ganz zentral. Sie sind zentral für die Akzeptanz, das möchte ich ganz klar hervorheben, für die Akzeptanz der Bevölkerung, dass sie das schluckt. Denn es gibt sehr viele Menschen, die wollen das gar nicht. Wenn man als Gegenpart einbringen kann, dass der Freiraum und der öffentliche Raum sorgfältig und gut genutzt wird, dann steigt diese Akzeptanz. Und der öffentliche Raum und der Freiraum sind natürlich wichtig für das Wohlbefinden.

Und deshalb beantragen wir, dass diese Stelle «Ökologie und Freiraumplanung» ungefähr 60 Stellenprozent mehr beziehen können. Das ist eine Fachstelle mit qualifiziertem Personal (Landschaftsarchitekten o.ä.), die sich eben um diesen Freiraum kümmern kann. Denn wir haben häufig den Eindruck, dass diese Abteilung bei Stadtgrün zwar gut funktioniert, aber unglaublich unter Druck ist. Und wir möchten diesem Druck ein bisschen nachgeben und ein bisschen mehr Stellenprozente erlauben.

Was kann das sein? Ich habe die Grossprojekte genannt: A1-Verbreiterung, Brüttener Tunnel - das sind die grossen Projekte, in denen man dieses Element gut pflegen muss. Aber es sind natürlich auch andere Sachen, kleinere Sachen, z.B. Fliessgewässer. Wir wissen, die Fliessgewässer spielen eine Rolle in der Stadt und diese könnte ausgebaut werden. Und dafür braucht es irgendjemanden, der sich um das kümmert. Oder der Stadtgarten, da ist es jetzt am Tun. Es gibt in allen Quartieren ganz viele Plätze und Orte, die nicht gepflegt sind, oder die mangelhaft gepflegt sind oder die im Umbruch sind – bei denen eine sorgfältige Sicht auf den Freiraum gewährleistet werden müsste. Und dafür beantragen wir die 75'000 Fr. Erhöhung im Globalkredit.

R. Heuberger (FDP): Ich kann es kurz machen: Die FDP-Fraktion wird den Antrag der SP nicht unterstützen. Stadtgrün hat sich in den letzten Monaten und Jahren sehr stark umstrukturiert, neu organisiert und seine Prozesse angepasst. Daraus ist eine deutlicher Effizienzgewinn festzustellen. Und das begrüssen wir sehr.

Und ja, sie sind sehr gut aufgestellt. Und genau deshalb haben sie ihre Arbeit eben so gut gemacht. Dass es Plätze gibt, die nicht gut gepflegt sind, würde ich nicht unterschreiben. Wir hatten Plätze, die trocken waren, weil es heiss war – aber alles in allem muss ich sagen, leistet Stadtgrün sehr gute Arbeit. V.a. haben sie auch Projekte lanciert, zusammen mit Freiwilligenarbeit, Winti Rangers ist ein Thema davon. Ich glaube, sie sind wirklich sehr gut unterwegs.

Uns ist klar, dass der Aufwand steigt, weil auch mehr Grünflächen zu betreuen sind. Wir müssen aber aufpassen, dass wir nicht für die gleichen Grünflächen da unter ganz vielen Titeln Kredite sprechen in diesem Rat. Und wenn es grosse Flächen sind, das ist auch klar, dann wird es eine Gestaltung brauchen und dann wird es auch wieder einen Antrag brauchen an den Gemeinderat, der den Ressourcen für das auch entsprechen wird.

Von daher sind wir der Meinung, sie sind gut unterwegs, sie haben sich optimal aufgestellt. Und wir möchten ihnen auch die Chance geben, das zu konsolidieren, so weiterzuarbeiten und das Budget, das sie selber so beantragen, gutheissen.

M. Nater (GLP): In der Kommission wurde uns aufgezeigt, dass die zusätzlichen 2,3 Stellen für Stadtgrün und die Umwandlung von ca. 5 Stellen in höherwertige Stellen und die Organisationsanpassungen den Zweck haben, die Natur zu stärken und die Bevölkerung noch stärker einzubeziehen, was eine sehr gute Ausrichtung ist. Wenn aber so viele Änderungen anstehen, müssen wir uns stark auf das verlassen, was als Ziel für die Zukunft angestrebt wird: Und das ist eine effiziente Organisation, im Einsatz für die Natur und unter verstärktem Einbezug der Bevölkerung.

Und da bin ich gleicher Meinung wie Romana, dass wir ihnen die Freiheiten lassen müssen, das entsprechend nach ihren Plänen umzusetzen.

Nach den uns abgegebenen Informationen gehen wir davon aus, dass Stadtgrün seinen Leistungsauftrag mit den eigenen beantragten Änderungen in der Zukunft erfüllen kann und vielleicht sogar die von der SP geforderte stärkere Gewichtung der Natur erfüllt.

Wir von der GLP vertrauen auf die Leitung von Stadtgrün und den Mitarbeitenden von Stadtgrün, dass mit dem eigenen beantragten Antrag einen Schritt für mehr Effizienz und Ökologie erreichen werden. Deshalb lehnen wir den Antrag der SP ab.

M. Gross (SVP): Nachdem Romana sagte, sie mache es kurz, mache ich es noch viel kürzer: Wir lehnen diesen Antrag auch ab. Ich war beim Votum von Felix, das noch sympathisch war, nicht sicher, ob er jetzt das alte Votum von der Stadtentwicklung hervorgenommen hatte und das nochmals sagte. Denn ursprünglich war abgemacht, dass Ihr diesen Antrag auch zurückzieht. So habe ich das zumindest im Kopf gehabt, dass wenn der 1. Antrag zurückgezogen wird... Aber anscheinend sprechen wir heute doch über alles mehrfach.

Stadtgrün, wie schon gesagt wurde, ist auch gut geführt. Es hat eine ganze Liste von Auf- und Abbau, die man im Budgetbuch sehen kann. Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn, dass wir jetzt da eingreifen und nochmals eine halbe Stelle sprechen, auch wenn Parks, wie Felix es auch ausgeführt hat, sehr, sehr wichtig sind und ich glaube, allen hier drinnen auch am Herzen liegen. Insgesamt kann Stadtgrün selber entscheiden innerhalb dieser Stellen, damit sie das höher priorisieren können.

M. Bänninger (EVP): Trotz grosser Sympathie für den SP-Antrag ist es für uns ein nice-to-have zum heutigen Zeitpunkt. Wir sind zuversichtlich, dass wir mit den Abklärungen zu Winterthur 2040 Konzepte und konkrete Anliegen erhalten werden, durch die wir wissen, wo wir Ressourcen gezielt investieren können in Winterthur, auch im Grünbereich.

Wir möchten das abwarten und dann schauen, wo wir gezielt Geld in die Hand nehmen möchten.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt den Antrag der SP. Wir sind im Gegensatz zu den Aussagen von Romana natürlich nicht der Meinung, dass man das alleine mit Projekten lösen kann. Die Problematik der Aufgaben, die gelöst werden müssen, ist immer mehrschichtig. Mit den konkreten Projekten, die wir als Vorlagen haben im Gemeinderat, stellen wir zwar die Mittel zur Verfügung, um etwas spezifisch umzusetzen - wir beantragen aber dort keine personellen Ressourcen oder stärken sie allenfalls.

Und genau da sind wir der Meinung, das braucht es eben. Wir stehen mit der Klimaerwärmung vor riesigen Herausforderungen, die wir auch da in Winterthur haben. Hitzeinseln und Wärmeentwicklung in der Stadt können wir am effizientesten mit Grünräumen, mit Bäumen begegnen. Und das ist eine Aufgabe, die wir heute zusätzlich neu sehen, von der wir wissen, wir müssen sie anpacken und die muss auch geplant, vorbereitet und in der Umsetzung begleitet werden. Dazu brauchen wir Ressourcen, dazu ist es nötig, dass die Stellen gestärkt werden, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen. Und das sind letztendlich eben genau die Grün- und Freiräume, die wir in der Stadt überhaupt noch haben im öffentlichen Bereich, die wir stärken können, die wir verbessern können. Und das ist es nötig und wichtig,

dass wir die Klimamassnahmen, die der Gemeinderat mehrheitlich machen wollte, personell auch entsprechend unterstützen. Wir können nicht einen Masterplan verlangen oder einen Haufen Postulate und Motionen einreichen und dann der Stadt die Ressourcen nicht geben, das auch umzusetzen. Ich finde, das ist konsequent.

Wir unterstützen deshalb diesen Antrag und möchten Euch doch bitten, da den 2. Schritt auch zu machen und gewisse Ressourcen eben aufzustocken.

Entwicklungsperspektive 2040 ist der letzte Aspekt, das wurde gesagt. Auch da sehen wir, dass wir mehr machen müssen, dass wir uns nach vorne entwickeln müssen. Da brauchen wir auch Ressourcen dafür und da ist Freiraum ein ganz wichtiger Aspekt. Wir wollen ja die Stadt für unsere Bewohnenden, für uns selber, lebenswert zu erhalten. Lebensqualität misst sich, das zeigen alle Umfragen, immer wieder an den Grünräumen und an den Freiräumen. Und deshalb bitte ich Sie, dieses Anliegen zu unterstützen.

F. Landolt (SP): Die zweite Hälfte habe ich vergessen: Die Leistungsmenge muss natürlich auch erhöht werden. Jetzt sind es 2 Freiraumkonzepte pro Jahr – und wir würden das erhöhen auf 3.

Stadtrat St. Fritschi: Ich muss sagen, es haben fast alle etwas gesagt, das stimmt. Von daher ist das eine interessante Diskussion. Freiraumplanung und Ökologie, das haben auch wir bei Stadtgrün erkannt, dass das wichtiger werden wird. Wir haben im Rahmen der Reorganisationen Stellenverschiebungen gemacht, so dass wir ab dem nächsten Jahr dort mehr Leute haben werden. Aber im Rahmen des Stellenplans, den wir beantragt haben im Rahmen des Budgetantrags, den wir alle vor uns haben. Und deshalb möchte ich Ihnen sagen, dass wir bei dem Antrag, den wir gestellt haben, bleiben möchten, und deshalb bitte ich Sie, diesem Ausbau nicht zuzustimmen.

Wir werden mit dem Budgetantrag, den wir vor uns haben, diese Abteilung verstärken. Wir haben auch schon im Rahmen der Stellen, die wir dieses Jahr haben, neue Leute akquiriert und gefunden, die uns in dieser Abteilung unterstützen werden, denn es wird für uns als Stadt viel wichtiger werden, Freiraumplanung und Ökologie.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der SP-Fraktion auf Erhöhung des Globalkredits um 75'000 Fr. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Das ist eine klare Mehrheit, die diesen Antrag ablehnt. Damit haben wir die Produktgruppe Stadtgrün Winterthur mit der Nummer 770 behandelt und beschlossen.

Damit haben wir auch das Departement Technische Betriebe abgeschlossen und bewilligt.

Wir kommen zu **Behörden und Stadtkanzlei**.

PG 810, Stadtkanzlei:

Es gibt einen Kommissionsantrag, ich gebe das Wort Franziska Kramer.

F. Kramer (AK): Die Stadtkanzlei möchte eine 80%-Stelle für digitale Kommunikation schaffen, und hat dafür 130'000 Fr. ins Budget eingestellt. Im vergangenen Jahr hat die AK die Kommunikationsstellen in der Stadtverwaltung allgemein, aber auch die Stelle für digitale Kommunikation, bekannter unter dem nicht ganz glücklichen Begriff «Social Media-Stelle» - nicht ganz glücklich, weil es um viel mehr geht – intensiv diskutiert.

Die Verwaltung hat dargelegt, wie wichtig der Zugang zur Bevölkerung via digitale Kommunikation ist und vermehrt sein wird. Und zwar ohne dass der Aufwand für klassische Kommunikationswege im gleichen Mass sinkt.

Die FDP hat den Antrag auf Reduktion des Globalkredits um 50'000 Fr. gestellt. Das entspricht einer Reduktion von ca. 30 Stellenprozenten, so dass eine 50%-Stelle für digitale Kommunikation geschaffen werden könnte. Der Antrag wurde in der AK 7:4 angenommen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL lehnt diesen Kommissionsantrag ab. Die klassischen Medien, damit meine ich gedruckte Zeitungen, für die man zahlt, stehen ziemlich stark unter Druck (Stichwort: 20 Minuten). Die Medienarbeit hat sich grundsätzlich verändert. Wer etwas will von den Medien, muss das heute selber printreif liefern. Es gibt viel mehr Medien, wir haben es gehört. Nicht nur Zeitungen, Radio, Fernsehen, sondern auch die sozialen Medien. Und das bedeutet letztendlich einfach mehr Medienarbeit für die Stadt Winterthur. Das ist so, ob man das gut findet oder nicht. Und deshalb habe ich Verständnis für den Antrag des Stadtrats.

F. Kramer (EVP): Wir finden gute Kommunikation absolut matchentscheidend. Und klarerweise muss sie auch die neuen Medien erfassen, was kaum ohne Mehraufwand geht. Wir denken aber auch, dass Kommunikation v.a. dezentral in den Departementen stattfinden sollte. Die Informationen sollen von denen, die am Geschäft selber beteiligt sind, aufbereitet werden. Wir sehen die Kommunikation als Führungsaufgabe, die nur beschränkt an eine zentrale Kommunikationsstelle delegiert werden kann. Um der digitalen Kommunikation Schub zu verleihen, unterstützen wir es, dass eine 50%-Stelle geschaffen wird. Entsprechend unterstützen wir den Kommissionsantrag.

F. Helg (FDP): Die Aufsichtskommission hat sich in diesem Jahr intensiv über Kommunikation in der Stadtverwaltung informieren lassen und auch darüber diskutiert. Das war eine Reaktion auf die Budgetdebatte des letzten Jahres, wo ja bekanntlich verschiedene Kommunikationsstellen kritisch hinterfragt wurden. Insofern können wir jetzt heute, jedenfalls mit dem Wissen als AK-Mitglied, mit besseren Informationsgrundlagen das Thema angehen. Wir von der FDP-Fraktion sehen, dass ein guter oder ein dauerhaft guter Auftritt in den sozialen Medien mit den heutigen Ressourcen nicht geleistet werden kann. Wir finden aber, dass eine 50%-Stelle für einen Anfang genügend ist. Wir wollen zuerst mal schauen, welches Resultat die städtische Kommunikation mit dieser 50%-Stelle erreicht.

U. Glättli (GLP): Wir Grünliberalen beantragen Zustimmung zum Antrag der Aufsichtskommission zur Reduktion des Globalkredits um 50'000 Franken betreffend Schaffung einer Stelle für Social Media. Verstehen Sie uns bitte richtig: Nicht in der Sache „Social Media“, aber im Total hat es genügend Kommunikationsstellen in der gesamten Stadtverwaltung. Felix Helg hat es gesagt. Jedoch erachten wir es nicht als unsere Aufgabe, hier für angemesseneren Verhältnisse zu sorgen. Für das Operieren bzw. das Operative ist bekanntlich der Stadtrat zuständig. Wenn wir hier also etwas kürzen werden, dann ordnen Sie doch bitte die Kommunikationsstellen ihrer Departemente im kommenden Budget zulasten der Heere von Kommunikatoren im DSU und den städtischen Werken neu so zu, dass es da für die Schaffung einer vollen Social-Media-Stelle ausreichen wird.

D. Siegmann (SP): Im Namen der SP-Fraktion lehnen wir diesen Kürzungsantrag ab. Social Media ist im Jahr 2019 kein nice-to-have mehr, sondern ein must-be. Mein Kollege Fredy Künzler hat aufgrund des Kürzungsantrags verdankenswerterweise eine kleine Umfrage auf Twitter erstellt. Das Resultat ist dahingehend, dass 62% der Teilnehmenden das unterstützt haben. Bei 118 Teilnehmenden ist die Relevanz einer solchen Umfrage nicht allzu hoch, trotzdem möchte ich darauf hinweisen, das ist auch ersichtlich daran, wie der Landbote die zahlreichen Verlautbarungen der Stadt immer verarbeitet: Die Kommunikation wird komplexer - und für eine Stadt, die sich auf dem Weg in Smart City wähnt, ist so etwas einfach nicht mehr freiwillig. Und es ist wichtig, auch im Sinne der Kundenbindung (in der Sprache der Marktwirtschaft), auch v.a. die jüngere Generation bei uns behalten und in die Kommunikation einbinden zu können. Die zahlreichen Projekte, die die Stadt in diesem Zusammenhang machte (z.B. interaktiver Austausch mit Jugendlichen), sollten keine punktuellen Aktionen mehr sein, sondern einer langfristigen Strategie untergeordnet sein, in der die sozialen Medien insgesamt angemessen verfolgt werden.

I. Kuster (CVP/EDU): Wie bereits schon letztes Jahr erwähnt, wollen wir nicht, dass die Stadtkanzlei übermässig wächst. Und wir wollen sie nicht zu stark ausbauen. Die Stelle «Social Media» haben wir letztes Jahr abgelehnt, weil wir mehr Informationen über die Kommunikation wollten. Und jetzt liegt der Antrag für eine volle und teure Stelle vor. Wir stehen dieser aber sehr kritisch gegenüber.

Wir sind auch der Ansicht, dass die Betreuung von gewissen Social Media ins Personaldepartement gehört. Mit einer günstigeren Stelle bzw. mit einem reduzierten Pensum können und sollen aus unserer Sicht erste Erfahrungen gesammelt werden. Auf die Resultate und Erkenntnisse warten wir gespannt.

Wir unterstützen deshalb den Kommissionsantrag, um die Stelle zu kürzen.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich denke, wir sind uns einig, dass die gesamte Kommunikationsbranche und damit auch die städtische Kommunikationsabteilung vor dem Hintergrund der ganzen Digitalisierungswelle vor sehr grossen Herausforderungen stehen. Es gilt, den gesellschaftlichen Wandel, der im Gang ist, zu meistern, den digitalen Wandel zu vollziehen, neue Technologien aufzunehmen und richtig einzusetzen. Kommunikation 4.0 bedeutet neue Aufgaben, das bedeutet zusätzliche Aufgaben.

Es wurde bereits gesagt: Die Dynamik ist enorm hoch. Es geht immer schneller. Wir müssen als Stadt immer schneller reagieren. Wir müssen als Stadt schneller agieren. Die Bevölkerung erwartet, dass die Stadtverwaltung auf digitalen Plattformen präsent ist, dass sie offen ist für den Dialog, für Partizipation auf diesen neuen Plattformen. Und es geht darum, dass man auch niederschwellige Kontaktmöglichkeiten schaffen kann. Und die digitalen Kommunikationskanäle werden von der Bevölkerung erwartet.

Es ist ein Phänomen, dass wir – auch das wurde angetönt – eine immer vielfältigere Medienszene haben, die sich von den Schwerpunkten her am Verlagern ist. Wir haben unsere Informationspflicht gegenüber der Bevölkerung, bei der wir mit dieser Vielfalt von Medien letztendlich umgehen können müssen. Social Medias spielen heute schon eine sehr grosse Rolle und sie werden in Zukunft eine noch grössere Rolle haben. Wir sprechen also heute Abend eigentlich nicht nur über diese Stellen, sondern wir sprechen im gleichen Atemzug über digitale Kommunikation.

Und wenn natürlich gesagt wurde, dass man es lieber in einer anderen Abteilung hätte, Iris, dann hätte ich den Antrag erwartet, dass man in dieser anderen Abteilung dann auch eine solche Stelle schaffen könnte. Aber da ist mir kein Antrag bekannt.

Was macht denn diese Person auf dieser Stelle? Es ist eine zentrale Anlaufstelle für Social Media, für alle Departemente, quasi ein One-stop-shop für die ganze Stadtverwaltung. Es geht darum, Instagram und LinkedIn zu betreuen, die wir brauchen für die Personalrekrutierung. Es geht darum, die ganzen Social Medias auch zu beobachten, dass wir rechtzeitig Informationen absetzen können. Es geht darum, Schulungen in diesem Bereich anbieten zu können. Und letztendlich, wie ich es auch schon gesagt habe, die Bürgerbeteiligung umsetzen zu können mit möglichst einfachen Mitteln.

Und wenn Sie jetzt an diesem Betrag schrauben, dann machen wir es einfach halb. Ich bin aber der Meinung, wir alle wollen eine moderne Stadt, eine modern kommunizierende Stadt. Und das kann man nicht einfach halb machen, sondern das möchten wir ganz machen. Geben wir doch der Kommunikationsabteilung unter der Leitung von Michi Scholz dieses Instrument in die Hand, damit wir mit Volldampf auch in die moderne Zukunft gehen können.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Kommissionsantrag zur Reduktion des Globalkredits um 50'000 Fr. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit ist diesem Antrag deutlich zugestimmt. Die Produktgruppe Stadtkanzlei (810) ist damit fertig behandelt.

PG 820, Grosser Gemeinderat

Im Drehbuch steht, es ist lediglich eine Kenntnisnahme. Es geht um die Auswirkung in Franken vom Beschluss vom 4.11.2019, als der Grosse Gemeinderat beschlossen hat, die Entschädigung für die Ratsmitglieder zu erhöhen. Das hat weder ins Budgetbuch noch in den Novemberbrief gereicht und deshalb wird das damit 76'000 Fr. ausgewiesen.

Das Wort hat Felix Helg.

F. Helg (FDP): Als AK-Präsident und Kommissionsreferent doch noch ein Wort zu dieser Produktegruppe. Die Produktegruppe ist ja jetzt erstmals als eigene Produktegruppe konzipiert, das ist eine Premiere. Früher war das Budget in der Produktegruppe Stadtkanzlei integriert, und der Wechsel ist aufgrund der neuen organisatorischen Struktur des Parlamentsdienst, der nun eine unabhängige Abteilung und nicht mehr in der Stadtkanzlei integriert ist, sondern seit 1.1.2019 der Ratsleitung unterstellt ist. Das wird jetzt auch budgetmässig auf das Jahr 2020 vollzogen. D.h. die Ratsleitung stellt den Antrag und die AK diskutiert als vorberatende Kommission das Budget zuhanden des Plenums.

Das Budget ist relativ unauffällig, aber eine Zahl ist doch noch interessant: Und zwar die Mietkosten für das Rathaus, in dem wir hier tagen. Das ist eben auch der Produktegruppe Grosser Gemeinderat belastet. Das Rathaus und der Festsaal, das kostet 252'000 Fr. im Jahr. Umgerechnet auf den Ratssaal mit dem Foyer sind das rund 142'000 Fr. Und wenn man das umrechnet auf rund 60 Sitzungsstunden, dann sind das 2'400 Fr. pro Stunde oder 40 Fr. pro Minute. Es gibt vielleicht noch andere Nutzungen, die da vielleicht noch einen Ertrag abwerfen, aber es ist nicht ganz billig, wenn wir als Gemeinderat tagen. Es ist natürlich eine Rechnung, die die Produktegruppe Grosser Gemeinderat belastet, und dann der Produktegruppe Immobilien gutgeschrieben wird.

Ratspräsident A. Geering: Ist das Wort noch gewünscht? - Nein.
Damit ist die Produktegruppe 820, Grosser Gemeinderat, bewilligt.

PG 830, Finanzkontrolle

PG 860, Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Da sind mir weder Voten noch Anträge bekannt. Damit sind diese beiden Produktegruppen bewilligt und das Kapitel Behörden und Stadtkanzlei ist damit durchberaten und beschlossen.

Wir gehen zurück auf das Deckblatt des Drehbuchs. Wir haben dort 2. Punkt Teil B, Behandlung der einzelnen Produktegruppen inklusive Verpflichtungskredite, die Teil von Buch A sind, damit fertig behandelt.

Wir kommen zum Punkt 3, Teil A: Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung, Investitionsrechnung, Funktionale Gliederung) inklusive Anhänge. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Schlussabstimmung dieses Budgets inklusive Novemberbrief. Wir werden über die beiden ersten Antragsziffern abstimmen und dann nachher, wenn es um den Steuerfuss geht, dort die Detailberatung des Steuerfusses ansetzen.

Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Ich stelle den Antrag, dass wir den Steuerfuss jetzt diskutieren, denn das ist wesentlich für die ersten beiden Ziffern.

Ratspräsident A. Geering: Das kann man so machen. Wir haben das intern auch diskutiert. Wer dem Ordnungsantrag von Urs Hofer zustimmen möchte, dass wir die Detailberatung der Produktegruppe 280, Steuern und Finanzausgleich, jetzt machen, bevor man in die Schlussabstimmung geht, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer das ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Das ist eine Mehrheit für den Ordnungsantrag, dass wir zuerst den Steuerfuss beraten.

Wir sind damit auf der Seite 8 im Drehbuch.

PG 280, Steuern und Finanzausgleich:

Wir haben dort einen Antrag der Fraktion Grüne/AL resp. zwei Anträge, die wir zusammen behandeln, weil sie inhaltlich zusammengehören. Christian Griesser.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir sind weiter am rückgängig machen der letzten Steuerfussenkung, d.h. wir beantragen, dass der Steuerfuss auf 124% festgelegt werden soll. Die Klimaerwärmung schreitet voran, wir benötigen finanzielle Mittel, um diese in erneuerbare Energieprojekte zu investieren. Es ist Aufgabe der Allgemeinheit, in erneuerbare Energieprojekte zu investieren, genauso wie die Allgemeinheit Verkehrsmittel, Strassen und Stromleitungen finanziert. Wir sind verpflichtet, die Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen zu erhalten. Das habe ich schon letztes Jahr gesagt, und ich weiss, dass es die Mehrheit hier drinnen nicht interessiert.

Was kommt dieses Jahr dazu? Die Schwarzmalers-Fraktionen wollten uns weismachen, Winterthur stünde kurz vor dem Konkurs. Ja, wenn das tatsächlich so wäre, dann ginge ich davon aus, dass doch eine klare Mehrheit dieser moderaten Steuerfusserhöhung zustimmen würde. Wenn das tatsächlich so wäre, dann wären alle gegen die Traglufthalle gewesen. Wir hätten nämlich nicht darüber diskutiert, ob wir mehr gedeckte Schwimmfläche wollen, sondern ob wir überhaupt noch gedeckte Schwimmfläche wollen. Dann hätten wir auch das Theater nicht verselbständigt, sondern geschlossen. Oder es wäre klar gewesen, dass wir kein neues Polizeigebäude bauen. Und über die Busfahrplanverdichtung, die wir jetzt gerade gemacht haben, hätten wir schon gar nicht mehr gesprochen.

Also: Auch wenn die Verluste, die da in Aussicht gestellt werden, tatsächlich eintreten (und die sind wirklich nicht wünschenswert!), haben wir Ende 2023 immer noch ein Eigenkapital von 811 Mio. D.h. wir sind ziemlich weit weg vom Konkurs.

Aber: Wenn wir jetzt rechtzeitig den Steuerfuss erhöhen, leisten wir einen Beitrag zur Minderung der düsteren Zukunftsaussichten. Und im Übrigen freue ich mich natürlich dann auf die Debatte im nächsten Jahr. Ich höre jetzt schon die Voten zur Steuerfussenkung im nächsten Jahr, Ihr wisst es alle.

U. Glättli (GLP): Die Grünliberalen setzen sich seit Jahren für einen gesunden Finanzhaushalt ein. Man kann es nicht genug wiederholen: Die herrschende Finanzlage bedürfte einem sorgfältigen und wohlüberlegten Wirtschaften. Für die Wirtschaft aber ist ein stabiler, ausgeglichener und berechenbarer Haushalt wichtiger als unwägbarere Steuerschwankungen. Wir gehen mit dem Stadtrat einig, sich für nachhaltige städtische Finanzen einzusetzen.

Die Grünen/AL wollen einen höheren Steuersatz und begründen das mit einem «Fehlentscheid». Wenn es den Grünen/AL um einen nachhaltig ausgeglichenen Stadthaushalt ginge, wäre das ein ehrbares Interesse. In der diesjährigen Budgetdebatte haben sie aber einmal mehr bewiesen, dass es ihnen nicht um ein ausgeglichenes Budget geht. Es geht, wie schon beim letztjährigen Antrag der Grünen, bei der Steuererhöhung darum, die Steuern auf Vorrat zu erhöhen. Wären sie konsequent – und das wurde angetönt im Votum von Christian Griesser – müssten sie angesichts der Aussichten des FAP einen Antrag auf Steuererhöhung von ca. 24% beantragen.

Wir wollen nicht zur Steuerhölle des Kantons Zürich verkommen. Es ist wichtig, nachhaltig zu wirtschaften und haushälterisch mit den Steuereinnahmen umzugehen. Es war richtig und korrekt, den Steuersatz bloss vorübergehend für zwei Jahre zu erhöhen.

Wir unterstützen den Antrag des Stadtrates, der weiterhin einen Steuersatz von 122% vorsieht. Ein Steuersatz übrigens, der bloss 3% über dem geltenden der Stadt Zürich liegt. Das scheint uns doch bemerkenswert, beträgt doch die Steuerkraft pro Kopf da in Winterthur bloss die Hälfte von derjenigen in der Stadt Zürich.

Es ist daher besonders wichtig, die städtische Politik auf die Steigerung der Steuerkraft zu fokussieren.

U. Hofer (FDP): Ich muss zuerst die Aussage von Christian Griesser aufnehmen wegen der Schwarzmalers-Fraktion. Dies hat mich doch ein bisschen erstaunt. Wir sind ja nicht die, die

schwarz malen – es ist das Budget, das der Stadtrat verabschiedet hat, wo das drinsteht. Man kann z.B. auf p. 113 Buch A Planbilanz schauen: Ah, Eigenkapital nimmt immer ab, 2023 soll es minus 30 Millionen sein. Kein Eigenkapital mehr in der Stadt. Man muss nicht schwarz malen – ich lese einfach die Zahlen, die im Buch stehen.

Und da frage ich mich: Entweder haben wir eine Finanzplanung, die den Namen verdient und dann berücksichtigen wir diese Zahlen auch bei unseren Entscheidungen - oder wir haben es nicht, aber dann müssen wir dringendst an der Finanzplanung arbeiten. Wir müssen doch wissen, was auf uns zukommt. Das zu dem.

Zurück zu den Steuern: Unsere Aussage ist da einfach. Uns ist Konstanz beim Steuerfuss wichtiger. Wir müssen Konstanz und Verlässlichkeit auch als Signal nach aussen ausstrahlen. Damit man damit rechnen kann, was einen erwartet, wenn man hierhin kommt. Und wir müssen darum kämpfen, dass wir das auch behalten können.

Deshalb komme ich zu dem, was uns noch näher liegen würde: Steuersenkung. Nein, da gebe ich Christian recht. Das liegt bei dieser Finanzprognose schlicht nicht drin. Was uns noch weniger nahe liegt, das wäre die Steuererhöhung. Natürlich ist auch das gegen die Konstanz, aber da ist v.a. auch: Solange der Stadtrat meint (und das erstaunt) und auch so handelt, dass das Budget gut ist und Geschenke verteilt und ausbaut - dann sehen wir sicher auch nicht die Not am Mann, dass wir zu einer Steuererhöhung Hand bieten würden. Und das gilt sowohl für dieses wie auch für nächstes Jahr, wenn dann wieder so ein Budget vorgelegt werden würde.

I. Kuster (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion lehnt den Antrag der Grünen nach Erhöhung der Steuern ab, weil wir wollen, dass die Winterthurer Bevölkerung nicht zusätzlich finanziell belastet wird. Wir wollen möglichst lange eine gewisse Stabilität beim Steuerfuss. Steuern auf Vorrat erheben lehnen wir ab, zumal aufgrund des jetzt vorgelegten Budgets mit den wachsenden Ausgaben und dem enormen Stellenwachstum nicht davon auszugehen ist, dass das dem Bürger entzogene Geld wirklich zur Äufnung von Eigenkapital verwendet werden würde.

R. Kappeler (SP): Ich kann Christian Griesser in vielen Punkten zustimmen. Ich hätte gesagt «Panikmacher-Seite», er sagte «Schwarzmalerei-Fraktion». Ihr könnt auswählen, was Euch lieber ist. Ihr habt dafür gesorgt, dass man beim Budget, das der Stadtrat vorgelegt hat, die Sondereffekte (z.B. die Entnahme aus Parkhausreserve) herausgenommen hat und trotzdem immer noch mit 1,9 Mio. Gewinn abschliesst.

Wie haben sie das geschafft? Und das ist wirklich der Grund, weshalb ich heute schwarz trage, denn es ist ein Trauerspiel. Die Bildungsstadt Winterthur kürzt das Schulbudget um 3 Mio. Die Bildungsstadt Winterthur darf sich nicht um einen Bildungskongress bewerben. Smart City Winterthur streicht die Medienstelle und kürzt IDW-Stellen. Die verwaltungsfeindliche Schwarzmalerei-Fraktion wertschätzt die Arbeit des Personals zu wenig gross. Urs Hofer hat heute noch den Gipfel draufgesetzt indem er sagt, sie haben dafür gesorgt, dass wir keine Geschenke verteilen. Die Schwarzmalerei-Fraktion streicht den Ausbau von Departementssekretariaten, die ausgewiesenen Bedarf haben.

Mit all dem zusammen haben sie es geschafft, das Budget noch bei einer schwarzen Null zu halten. Aber eben, sie sind die Schwarzmalerei-Fraktion, sie sind die Panikmacher. Eigentlich müssten sie tatsächlich, wie Christian das überlegt hat, alle dieser Steuererhöhung zustimmen. Nicht wir, Ihr müsstet, wenn Ihr sagt, wir haben in 3 Jahren kein Eigenkapital mehr. Wir geben Euch insofern recht, dass wir einverstanden sind, dass die Steuerfusserhöhung konstant bleiben soll, solange das angemessen ist, solange das vertretbar ist. Wir sind einverstanden, dass es für Firmen planbar sein soll. Und wir folgen da eigentlich dem Gemeindegesezt, das sagt, der Steuerfuss soll von den Gemeinden nach Massgabe der Ausgaben festgelegt werden.

Und dank Euren Kürzungsaktionen haben wir im Moment noch einen Gewinn, deshalb lehnen wir dieses Jahr eine Steuerfusserhöhung mindestens mehrheitlich ab. Aber mit der Signalwirkung an die Firmen. Christian Griesser hat es gesagt, er freut sich auf die Diskussionen um den Steuerfuss vom nächsten Jahr. Ich gehe noch eines weiter und prognostiziere einen

Steuerfuss von 127 – 130% nächstes Jahr, und möchte das einfach schon laut gesagt haben, damit die Firmen sich auf das gefasst machen können. Und ich bin auch überzeugt, es wird nicht eine Firma wegen dem Winterthur verlassen, denn wir haben andere Vorteile als die paar Hundert oder Tausend Franken mehr oder weniger Steuern, die man dann zahlt. Und ich hoffe, dass wir diese Vorteile auch noch behalten können, auch über die nächsten Budgetdebatten hinaus.

T. Brütsch (SVP): Die SVP beantragt mit wenig Begeisterung die Zustimmung zum stadträtlichen Vorschlag. Man kann es drehen und wenden wie man will, zuletzt ist der Steuerfuss halt eine entscheidende Komponente für die Standortwahl einer Gemeinde in Bezug auf den Steuerwettbewerb. Und wenn Roland Kappeler sagt, dass sicher keine Firma wegzieht – es zieht dann allerdings vielleicht auch keine Firma nach Winterthur bei dem Steuerfuss, den er jetzt da skizziert hat.

Marc Wäckerlin hat vorletzte Woche richtigerweise auf die Tatsache verwiesen, dass verschiedene Gemeinden in der Umgebung in letzter Zeit den Steuerfuss gesenkt haben und massiv unter Winterthur liegen. Die Konkurrenz schläft nicht, könnte man jetzt ein bisschen plakativ sagen.

Und Markus Reinhard hat letzte Woche den Standpunkt der Fraktion zutreffend zusammengefasst. Ich zitiere deshalb heute nicht Sarah Wagenknecht, sondern ihn: «Ressourcenknappheit führt oftmals zu Effizienz und Effektivität.» Insofern liebäugeln wir auch eher mit einer Steuerreduktion, sehen aber zurzeit aufgrund von der mittelfristigen finanziellen Perspektive nicht viel Handlungsspielraum.

Ganz sicher in die falsche Richtung geht der Antrag der Grünen aus unserer Sicht. Zuerst müsstet Ihr, liebe Grüne, Euren Antrag vielleicht noch mit dem Gemeindeggesetz abgleichen. Roli Kappeler hat auch darauf verwiesen. Dort steht, dass der Gemeindesteuerfuss so festzulegen ist, dass die Erfolgsrechnung ausgeglichen ist. Wenn man einerseits dem Antrag des Stadtrats folgen will, der ein Plus von mehreren Millionen vorsieht - Ihr selber habt ja keine Kürzungsanträge gestellt, also kann es nicht weniger sein – und wir haben es heute auch gehört: Selbst mit den Änderungen und den minus 8 Millionen aus den Betriebsreserven Parkhäuser sind wir noch bei rund 2 Millionen im Plus. Also insofern kann die Steuererhöhung, die Ihr verlangt – quasi auf Vorrat – einfach nicht aufgehen.

Abgesehen davon klingen mir auch noch die Worte von Reto Diener im letzten Jahr nach. Er hat dort in der Budgetdebatte geäussert (und das ist auch heute gekommen von verschiedenen Protagonisten), dass wir alles hinunterfahren wollen und quasi die Leute ausbeuten wollen. Diese Worte hat er gewählt damals. Ähnliche Vorwürfe sind auch hier drinnen und auch in Leserbriefe und Kommentaren aufgetaucht. Roli Kappeler hat heute auch in die gleiche Kerbe gehauen und uns als «Schwarzmalerei-Fraktion» bezeichnet. Ich gehe davon aus, Du hast das Wort jetzt häufig genug in Deinem Votum erwähnt, dass das auch der Landbote morgen schreiben wird, von daher gratuliere ich Dir.

Aber zum auch die Unterschiede bei den Weltanschauungen wieder mal klarzustellen: Aus unserer Sicht und nach unserer Überzeugung ist genau das Umgekehrte der Fall. Wir wollen gesunde Finanzen, wir wollen gute Steuerzahler und wir wollen eine städtische Politik, die auf eine Steigerung der Steuerkraft ausgerichtet ist. Und wir sind der Überzeugung, dass ein Finanzhaushalt in Schiefelage durch Steuererhöhungen genau das Gegenteil erfährt. Und genau diesen Aspekt sollten vielleicht Leute wie Reto Diener unter dem Begriff der Nachhaltigkeit in ihrem Weltbild noch einbauen. Es gibt eben auch eine wirtschaftliche Nachhaltigkeit und die ist sicher nicht gegeben, wenn man die Sparprogramme der letzten Jahre jetzt einfach wieder zunichte macht und nach Steuererhöhungen auf Vorrat, wie es die Grünen machen, schreit. Und insofern kann ich auch den Kreis zum Eingangsvotum schliessen: Wer soll dann all die schönen und gut gemeinten Projekte zahlen, die der Ratslinken vorschweben? Gute Steuerzahler kommen nicht in eine überschuldete Stadt mit einer massiven Steuerlast.

Wir wollen bei einem gleichbleibenden Steuerfuss nichts unversucht lassen. Wir erwarten, dass der Rotstift angesetzt wird, wo es nötig ist, und wir erwarten auch beim nächsten Budget, dass dem Parlament die Vorteile präsentiert werden.

F. Kramer (EVP): Vielleicht kommt der Tag, an dem wir ernsthaft über eine Steuererhöhung diskutieren müssen. Diesen Tag sehen wir aber heute nicht. Einer Erhöhung des Steuerfusses stimmen wir nicht ohne Not zu. Wir lehnen deshalb die Erhöhung des Steuerfusses ab.

M. Wäckerlin (PP): Ich möchte da auch noch kurz darauf eingehen. Wie ich letztes Mal gesagt habe, gibt es die drei Gemeinden, die den Steuerfuss um die 80% haben. Und das ist eigentlich da, wo wir auch hinsollten. Es ist immer die Rede von Zentrumslasten. Und es ist hier drinnen nie die Rede von Zentrumsnutzen. Wenn man ein Zentrum ist, eine grosse Firma, dann kann man gewisse Dienstleistungen auch effizienter erbringen als kleine. Ich finde, wir müssen auch ein bisschen von diesen Effekten profitieren. Von daher wäre es, lieber Urs, geschickt, wenn wir, die wir der Meinung sind, die Steuern sollten nicht die ganze Zeit steigen, tatsächlich Konstanz aufbauen würden dort. Aber das würde natürlich heissen: Konstant, Jahr für Jahr, die Steuern um 1-2 Prozent senken, bis wir auf dem Niveau sind, das wir für richtig halten.

Und letztlich ist es wirklich das: Man kann dem Staat noch so viel Geld geben, er wird es immer ausgeben und er wird immer zu wenig haben am Schluss. Wir können den Staat nur kontrollieren, wir können den Staat nur in Schranken halten – indem wir ihm nämlich die Mittel zusammenstreichen.

R. Diener (Grüne/AL): Jetzt muss ich halt doch noch kurz etwas sagen, auch auf das Votum, das Tobias Brüschi noch gebracht hat. Wir sehen halt natürlich andere Schwerpunkte, das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Wenn Ihr sagt, wir wollten einfach Klimaschutzprojekte finanzieren, dann sind das nicht Klimaschutzprojekte, die einfach «lustig» finde oder weil ich finde, ich bin grün, ich will die. Sondern das sind eminent wichtige Sachen, die genauso entscheidend sind wie die finanzielle Nachhaltigkeit. Das ist nämlich die Nachhaltigkeit auf der Ebene der Natur und unserer Ressourcen. Und wir wissen alle sehr genau – Ihr habt diese Studie auch gesehen, Ihr habt sie auch lesen können, überall: Wenn wir nichts machen, wird uns das in Zukunft viel mehr kosten, als wenn wir jetzt ein bisschen etwas investieren in diese Technologien und in die entsprechenden Vorkehrmassnahmen. Insofern ist diese Argumentation eben nicht so einfach und einseitig, wie Ihr sie darstellt. Die Nachhaltigkeit hat gerade auch von den ökologischen Seiten her eine viel wichtigere Bedeutung, als Ihr das jetzt versucht wegzuwischen. Ohne unsere Natur, die uns ernährt, die uns unsere Grundlagen schafft, nützen uns die ganzen finanziellen Mittel, die wir sonst haben, überhaupt nichts. Und noch zu Urs Hofer: Konstanz würde ich dann auch gerne auf Eurer Seite sehen. Die fehlt mir dann ein bisschen, weil Ihr habt am Laufmeter jetzt Anträge gestellt, um wieder zu kürzen im Budget. Da etwas wegstreichen, dort etwas wegstreichen, da etwas wegwerfen... An vielen Orten geht das tatsächlich auf Kosten der eher Schwächeren in der Gesellschaft, von denen, die Unterstützung brauchen, von denen, die nicht so gut gestellt sind. Und das passt sehr gut zusammen mit dem Vergleich, den Ihr gemacht habt mit dem Steuerfuss von Zürich, bei dem gebracht wurde: Wir sind gar nicht so schlecht dran – aber wir haben natürlich ein viel tieferes Level insgesamt im Steuersubstrat. Und von daher gesehen: Wenn wir den Steuerfuss um 2% erhöhen würden, hat das auch viel weniger Einfluss. Sehr viele Leute haben gar nicht so viel Geld, dass das eine grosse Rolle spielt, ob sie jetzt da ein paar Fränkli mehr oder weniger bezahlen müssen. Hingegen bei denen, die viel Geld haben, spielt es eben schon eine Rolle. Und da habe ich halt schon den Verdacht, dass Eure Seite v.a. dort dahinter ist.

Wir sind konsequent. Wir sind für Konstanz. Wir haben deshalb auch gesagt, wir stützen den Antrag des Stadtrates bezüglich diesem Budget, weil wir finden, wir müssen etwas investieren für die Zukunft. Nicht nur beim Klimaschutz, auch für unsere Kinder. Auch für unsere Infrastruktur, die wir haben, und die wir nicht verloren gehen lassen dürfen. Denken wir an die Schulhäuser, denken wir an all das. Deshalb ist das richtig, was vorgetragen wurde. Wir haben punktuell ein paar Erhöhungen beantragt, es sind wenige insgesamt. Viel weniger, als Ihr Sparanträge gestellt habt. Und für diese Konsequenz – es tut mir leid – müssen wir halt auch sagen: Wir müssen aus der Langfristperspektive, um nachhaltig zu werden für unsere Aufgaben, die wir abdecken müssen, halt den Steuerfuss wieder auf die 124% setzen.

U. Hofer (FDP): Ich muss gewisse Sachen schon schnell replizieren. Zuerst möchte ich Roland für das Votum. Ich möchte ihm danken, denn das Votum war ehrlich. Er macht kein Geheimnis daraus, was die Antwort der SP auf die finanzielle Herausforderung der Zukunft ist: Das sind Steuererhöhungen. Er redet davon, nächstes Jahr 127-130%. Ich nehme an, dieses Modell geht weiter. Und dann frage ich mich, ob es wirklich zu Ende gedacht ist. Und wenn wir 2023 tatsächlich minus 55 Mio. hätten, dann sprechen wir halt von 20-30% mehr Steuern. Und dann reden wir von 150-155% Steuerfuss. Und ob dann Deine Aussage wirklich noch richtig ist, dass niemand wegzieht... Wir können es nur hoffen. Ich glaube es nicht und dann trifft uns der Hammer. Irgendwo müssen wir halt schon aufpassen, auch mit dem Steuerfuss, auch wenn wir grundsätzlich andere Ansatzpunkte dort haben. Und da hoffen wir also wirklich für beide, dass wir uns da irgendwo noch vernünftig finden können. Das Zweite ist ein bisschen die ganze Empörungsbewirtschaftung. Es ist in der letzten Woche auf Facebook & Co. und jetzt da auch im Rat Empörung bewirtschaftet worden. Jetzt schauen wir nochmals an, was wir wirklich gemacht haben: Wir hatten ein Budget mit einem Stellenaufbau von 95 Stellen. Davon haben wir ca. 5-8 Stellen (dieses Jahr war die Berechnung etwas schwieriger) nicht bewilligt. Wir haben das überproportionale Ausgabenwachstum lediglich auf 5 Mio. gebremst. 2023 hätten wir damit immer noch einen Verlust von 50 Mio. Jeder Angestellte bekommt eine Lohnerhöhung, jede Produktgruppe kann ausbauen, keine muss abbauen. Fazit: Viel mehr als ein Signal und ein bisschen gegen den Wind gerufen haben wir nicht. Es ist einfach die Empörung nicht wert, die man da bewirtschaftet, was da passiert ist.

Ich möchte auch lieber dastehen – und das ist eigentlich auch wichtig – und sagen: Ja, ich hätte gerne ein 2. Hallenbad. Ja, ich möchte 210 Einmaleinlage in die PK. Ich hätte gerne jährlich einen Lohnanstieg des Personals von 1,7%. Ich hätte gerne mehr Staatsgelder für jedes Strassenfest und und und. Aber wenn ich so herumlaufe und solche Versprechungen mache - und mit unseren Anträgen haben wir das so viel realistischer gemacht, damit das überhaupt jemals eintreten kann. Ihr geht raus, macht diese Versprechungen – und habt keinen Plan, wirklich keinen Plan, wie Ihr das finanzieren wollt. Im Budget gibt es keinen Plan, wie Ihr das finanzieren wollt. Und am Ende vom Tag müsst Ihr halt eine Versprechung gegen die andere abwägen und dann auch einmal zu etwas Nein sagen. Nur weil wir das im Rat machen, heisst das nicht, dass Ihr die Gutmenschen seid. Denn nur Versprechungen machen und nicht zahlen können, ist nicht richtig. Deshalb bin ich auch gegen diese Empörungsbewirtschaftung.

A. Steiner (GLP): Urs Hofer hat es mir jetzt eigentlich genau vorweggenommen, nämlich das Zahlenspiel, von was wir eigentlich sprechen. Die linke Ratsseite verkündet eigentlich seit Jahren, wir müssten nicht sparen, es sei alles gut, ist alles bestens. Die rechte Ratsseite malt schwarz. Es wurde aufgezeigt, was für Zahlen uns als Minus drohen in den nächsten paar Jahren. Und Urs Hofer hat jetzt auch gerade die Zahlen nachgeliefert, was das heisst in Steuerprozenten. Und ich frage mich dann schon: Ist das tatsächlich der Wille der linken Ratsseite, dass wir in den nächsten paar Jahren 20 Steuerprocente Steuern zahlen wollen? Ist das tatsächlich für die Zukunft von Winterthur der richtige Weg? Glaubt Ihr tatsächlich daran, dass das ohne weiteres drinliegt und kein einziger Steuerzahler wegzieht? Und wie holen wir denn da irgendwann auch nur irgendeine Firma nach Winterthur, die uns irgendwann aus diesem Teufelskreis, in dem wir drin sind, herausholen könnte?

Noch zu Reto Diener: Auch da wiederhole ich mich in Bezug auf Urs Hofer in Bezug auf Kosten sparen bei den Schwächeren. Die Bewirtschaftung, die Ihr an den Tag gelegt habt in den letzten Wochen, ist einfach wieder so etwas von daneben. Wir haben nirgends bei einem Kind gespart. Und wenn Ihr das behauptet, dann habt Ihr einfach schlicht falsch zugehört. Wir haben den grössten Betrag gespart bei einem Projekt, das uns in Bezug auf Zahlen, in Bezug auf Finanzierung derart schlecht dargelegt wurde, dass wir schlicht nicht beurteilen können, ob es das tatsächlich braucht. Und wir haben ausdrücklich gesagt, wir möchten dazu eine Weisung haben. Wir als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben eine Verantwortung. Und diese Verantwortung möchten wir wahrnehmen. Und wenn es um 2 Mio. geht, die man

einfach so ausgeben möchte, dann muss ich ehrlicherweise sagen, dann möchte ich sehen, was denn da die Folgen sind. Es wird immer noch als Sparprojekt verkauft - dann möchten wir aber aufgezeigt haben: Was heisst das in 2 Jahren, was heisst das in 3 Jahren, was heisst das in 4 Jahren? Man hat eine wunderschöne Kurve dargelegt – keine Zahl dahinter. Wir haben nichts, das wir überprüfen können. In diesem schönen Konzept, auf das immer wieder hingewiesen wurde, ist keine Zahl drin. Wir wissen nicht, was es kostet, wir wissen nicht, wie man das kontrollieren kann, was für Kostenentwicklungen erwartet werden – wir haben nichts in der Hand.

Und das war der Grund, weshalb man dieses Projekt vorläufig gestoppt hat und den klaren Auftrag gegeben hat: Wir wollen eine Weisung.

Wir haben bei keinem einzigen Kind gespart und es ist eine Frechheit, uns das die ganze Zeit zu unterstellen!

Ch. Griesser (Grüne/AL): Ich glaube, wir müssen noch schnell ein paar Dinge klarstellen. Warum kommt Urs Hofer auf andere Zahlen als ich? Er spricht vom zweckfreien Eigenkapital und ich vom gesamten Eigenkapital. Und es sind beide Aussagen so natürlich richtig, dass das zweckfreie Eigenkapital irgendwann ins Minus fällt, aber das gesamte Eigenkapital wäre dann halt immer noch 811 Mio.

Zusammen mit dem Budget haben wir eine Neubewertung der Mehrfamilienhäuser der Stadt Winterthur beschlossen, dass man den Kapitalisierungszinssatz von 6 auf 5% ändert, und das gibt dann einen schönen Buchgewinn. Jetzt muss man einfach sehen: Mit der heutigen Marktlage haben diese Mehrfamilienhäuser natürlich selbstverständlich noch mehr Wert als 5%. Da haben wir also noch ganz viele stille Reserven. Und insofern zeigt halt die Bilanz nicht immer alles.

Dann möchte ich doch noch schnell Stellung nehmen zu diesem Vorwurf der Empörungsbewirtschaftung. Ich glaube, es ist so, dass die Politik auch mit Emotionen arbeitet. Und das ist genau vorher auch von den Bürgerlichen gemacht worden. Das ist auch überhaupt kein Problem. Aber man kann nicht der einen Seite vorwerfen, man mache da Empörungsbewirtschaftung, wenn man selber das Gefühl hat, man mache das dann nicht.

S. Gygax (GLP): Ich kann auch Roland Kappeler's Aussage so nicht stehen lassen. Annetta hat mir jetzt aber das meiste schon vorweggenommen. Ich möchte einfach wirklich nochmals betonen, dass mit dem Kürzungsantrag von letztem Montag der Grosse Gemeinderat (also die Mehrheit des Grossen Gemeinderates) seine Verantwortung für so ein wichtiges Thema wahrnehmen wollte. Wir wollen nämlich, dass die Gelder dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht werden – nämlich effektiv bei den Kindern. Und das heisst, wir möchten gerne eine Weisung sehen. Wir möchten nicht nochmals den gleichen Fehler machen wie bei SIRMa, das ist damals auch über das Budget bewilligt worden, es gab keine Weisung. Und jetzt ist man bei Wega wieder auf dem gleichen Weg dazu. Es liegt jetzt, um es kurz zu sagen, einfach am Stadtrat. Es liegt sogar alleine am Stadtrat, da mehr Transparenz in dieses Projekt zu bringen – und halt effektiv auch für die politische Legitimation dafür zu sorgen, damit das Geschäft wirklich breit getragen wird.

Und ja, Roli, nochmals: Mit solchen Aussagen, wie Du sie vorhin gemacht hast, schürst halt auch Du unnötig Angst und Misstrauen, sowohl innerhalb der Verwaltung, aber auch zwischen Bevölkerung und Parlament. Das bringt uns schlichtweg nicht weiter. Wir haben finanzielle Probleme, wir müssen diese gemeinsam angehen – und wir Grünliberalen probieren das mit inhaltlicher Arbeit zu machen. Wir sind gegen Steuererhöhungen auf Vorrat und denken auch, dass wir eigentlich besser fahren, wenn wir diese Diskussionen im Rat machen und halt wirklich an diesen Budgets arbeiten – heute, aber auch in den nächsten Jahren.

M. Gross (SVP): Ich möchte kurz zu Christian Griesser und zu Roli Stellung nehmen. Sie machen sich ja lustig über die Steuererhöhung. Das ist ja etwas Lustiges, dass man die Steuern im nächsten Jahr erhöhen kann. Man kann sich freuen darauf...

Ich finde das total daneben, denn das zahlen nachher alle mehr und das hat überhaupt nichts Lustiges. Und Christian verwechselt auch immer wieder, dass man eine befristete Steuererhöhung hatte, die wir ohnehin dieses Jahr bzw. bereits letztes Jahr zurückgenommen haben. Wir haben die Steuern also nie gesenkt. Wir haben sie 1 Jahr früher zurückgenommen, als es dazumals der Stadtrat wollte. Dass man sich darüber lustig machen kann und dann noch mit einer Rhetorik, bei der ich glaube (wie der Stadtpräsident das vorhin gesagt hat), dass Roli Kappeler über Weihnachten ein bisschen über die Bücher gehen dürfte... Zuerst denunziert er eine Partei als «Speerspitze» (also Kriegsrhetorik) des bürgerlichen Sparprogramms, dann wird uns vorgeworfen, weil wir von «Wasserkopf» sprechen, würden wir Kinder diffamieren. Dabei steht im Duden ganz klar als erstes: «Übermässig aufgeblähter Verwaltungsapparat» unter Wasserkopf.

Ihr versucht immer, uns mundtot zu machen, weil wir gewisse Dinge anprangern. Das geht einfach nicht. Und dann müsst Ihr halt selber auch über die Bücher. Und wenn das auch lustig sein sollte: Selbst der Alternativsten oder dem Alternativsten unter den Alternativen bei Euch sollte irgendwann klar sein, dass man bei 130 oder 140% halt auch wieder von einem neuen Sparprogramm spricht. Und damit tut Ihr Euch selber oder Euren eigenen Leuten weh. Also lustig ist das ganz sicher nicht und es ist völlig fehlangebracht, auch teilweise in der Rhetorik.

M. Wäckerlin (PP): Wenn sich Reto ein zweites Votum erlaubt, muss ich auch ein zweites Mal entgegenen... Lieber Reto, Du magst wahnsinnig konsequent sein, aber leider konsequent in die falsche Richtung. Ich möchte mich ja nicht als Lehrer aufspielen, aber offensichtlich muss ich Dich zum zweiten Mal korrigieren. Wer in den Geschichtsstunden fehlt, ist halt nachher gezwungen, die Geschichte zu wiederholen. Um es kurz zu machen: Grün und links ist ein Widerspruch. Grün und links geht einfach nicht zusammen. Und das ist ganz einfach zu belegen mit der Geschichte. Die Staatswirtschafter im Osten haben die Umwelt ziemlich stark abgewirtschaftet. Deshalb, lieber Reto: Kapitalismus ist die Voraussetzung für Umweltschutz.

Ratspräsident A. Geering: Ich möchte kurz dazwischenrufen, dass man doch bitte zur Sache spricht – welche der Steuerfuss ist.
Silvio Stierli.

S. Stierli (SP): Mehrere Votanten haben eine Aussage gemacht, die einzige Antwort, die wir von der SP hätten auf die düsteren Finanzaussichten, sei die Erhöhung des Steuerfusses. Das ist eine bösertige Unterstellung. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen: Die finanzielle Lage von Winterthur ist nicht hausgemacht. Ihr wisst genau, in den letzten Jahren haben viele Entscheide auf Ebene Bund und Kanton zu massiven Steuerfällen geführt in Winterthur. Das sind die Geschenke, die die Bürgerlichen gemacht haben. Reduktion von Steuern, Abschaffung von Steuern usw. Das führt bei uns zu Millionenausfällen. Und da möchte ich an Euch appellieren, dass Ihr da mithelft, das rückgängig zu machen. Wir haben immer gesagt: Wir wollen nicht Steuern erhöhen, um diese Steuergeschenke rückgängig machen zu müssen. Das kann nicht das Ziel sein.

Diese Steuergeschenke müssen wir rückgängig machen. Und auch auf Stufe Kanton muss es zu einer gerechteren Verteilung führen. Da werden jetzt zaghafte Schritte gemacht, aber da gibt es noch viel zu tun.

Die Bilder, die Ihr braucht (Ihr sagtet vor Jahren, Winterthur sei Griechenland, oder jetzt in dieser Budgetdebatte vom Schiff, das auf einen Eisberg zusteuert) – damit redet Ihr Winterthur schlecht, Ihr macht Panik. Und das schadet dem Wirtschaftsstandort Winterthur, solche Bilder.

F. Heer (Grüne/AL): Ein Satz: Der Duden sagt bei Wasserkopf 1. Hydrozephalus, was ein Syndrom ist und eine geistige Beeinträchtigung mit sich bringt. Und 2. ist übermässig aufgeblähter Verwaltungsapparat. Ich kann das gerne vorne auflegen, wenn es nötig ist.

Ratspräsident A. Geering: Würde das Unwort des politischen Jahres in Winterthur gekürt, wäre es «Wasserkopf».

Voten gibt es keine mehr, das Wort hat der Stadtrat Kaspar Bopp.

Stadtrat K. Bopp: Ich gehe gerne nach vorne zum Projektor. Ich möchte nach diesen hitzigen Voten mein Votum wieder mit einem grossen Dank beginnen, und zwar dem Dank an meinen Mitarbeiter Reto Stuppan, der heute da gewesen ist und wieder fleissig mitgerechnet hat. Dank dem kann ich bereits jetzt die Zusammenfassung kurz geben, wo wir stehen. Sie haben in den letzten drei Sitzungen 6 Anpassungen am Budget vorgenommen, die das Budget um 8,4 Mio. verschlechtern. Und Sie haben 14 Anpassungen am Budget vorgenommen, die das Budget um 6,6 Mio. verbessern. Insgesamt verschlechtern Sie mit diesen Massnahmen das Ergebnis also um 1,77 Mio. Dem gegenüber steht 1 Anpassung der Leistungsindikatoren. Dem aufmerksamen Zuhörer fällt da ein gewisses Ungleichgewicht auf.

Wir haben heute Abend einige Male dieses Thema gehört. Marc Wäckerlin z.B. bemängelt, dass Reto Diener nicht weiss, wie WOV funktioniert. Ich glaube, auch schon beim Eintretensvotum haben wir über das Thema WOV gesprochen. Ich bin sehr froh darüber.

Wir haben ein Musterbeispiel gehabt, gerade heute Abend, das war das Beispiel Zebra. Dort hat man gleichzeitig einen Globalkredit verändert und eine Zielvorgabe dazu verändert. Genauso sollte es laufen. Aber Tatsache ist, wir haben sonst 20 Anpassungen am Budget gehabt, denen keine Veränderungen bei den Leistungsindikatoren gegenübergestanden sind. Selbstverständlich ist das nicht überall angebracht, aber das Verhältnis ist schon sehr extrem. Ich möchte einige Punkte aufnehmen aus der Budgetdebatte: Das Thema Stellenwachstum wurde x-Mal genannt. Und dabei möchte ich auch auf das Thema Verantwortung hinweisen und auf das Thema Empörungsbewirtschaftung. Ich lege da gerne einen Leserbrief auf von einem Gemeinderat, der da von 95 Stellen schreibt, die neu geschaffen werden sollen. Und dazu noch einen Leserbrief von einem anderen Gemeinderat, der da auch wieder schreibt: 90 Stellen werden neu geschaffen. Kein Wort dabei, dass diese Stellen z.T. (zu einem erheblichen Teil) refinanziert sind. Ich nehme da ein Beispiel (Sie haben sie zwar genau gestrichen, diese Stelle, was an sich auch ein bisschen fragwürdig ist), das Beispiel Schulzahnklinik. Das streichen Sie eine Stelle heraus, senken entsprechend den Globalkredit – streichen aber dem gegenüber den Umsatz, der dabei entstanden wäre, nicht zum Budget heraus. Das ist nicht möglich, das ist ein schwieriges Thema. Also insofern: Das ist für mich ein klassischer Fall von Empörungsbewirtschaftung und auch der Bevölkerung Salz ins Auge gestreut.

Das andere Thema, viel diskutiert, Departementssekretariate. Aber was auch viel diskutiert wurde hier drinnen, ist die Transparenz. Und Ihre Wünsche an die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, die ich alle verstehen kann und die ich gut finde. Aber es sind genau die Departementssekretariate, die das kanalisieren. Es wurde heute genannt von Michael Gross in seiner Lobrede zu Stadtwerk «Wir haben eine gute Kommunikation bei Stadtwerk». Ja, die würden wir an anderen Orten sehr gerne auch erbringen. Aber dafür brauchen wir eben die nötigen Stellen, die wir beantragt haben. Die haben wir bei Stadtwerk eben, dort haben wir die notwendigen Stellen und dort können wir gute Kommunikation machen. Auch Franziska Kramer hat heute gesagt «Wir finden gute Kommunikation absolut matchentscheidend». Ja, wir sind auch dieser Meinung. Aber dafür brauchen wir die entsprechenden Leute und die entsprechenden Ressourcen, um das stemmen zu können.

Social Media, auch wieder eine solche Stelle. Sie vergleichen hier drinnen sehr gerne die Stadt mit der Privatwirtschaft, mit Grossunternehmen in der Privatwirtschaft. Bitte bringen Sie mir ein Grossunternehmen, das keine Social Media-Stelle hat. Ich kenne keines, und ich kenne doch ein paar von diesen Firmen.

Und das dritte Thema ist der FAP, auf den ich gerne hinweisen möchte. Und den schauen wir nachher auch noch rasch zusammen an. Und auch da, ich möchte damit anfangen: Empörungsbewirtschaftung. «De facto ist die Stadt 2023 bankrott.» oder Urs Hofer «in wenigen Jahren bankrott». Wenn das nicht Empörungsbewirtschaftung ist! Oder glauben Sie so wenig an Ihre eigene Schuldenbremse? Es gibt eine Schuldenbremse in dieser Stadt Winterthur, Mittelfristausgleich, es ist keine Option, den FAP so zu lassen wie er heute ist. Das ist selbst-

verständlich für alle klar. Und auch die Optionen, die Urs Hofer beschreibt: Als Option A einfach mal ein bisschen beten. Er unterstellt dem Stadtrat, dass das seine Haltung sei. Nein, selbstverständlich ist das nicht unsere Haltung. Option B mehr Geld vom Kanton, Option C Einnahmeseite verbessern und Option D Ausgabenwachstum kontrollieren. Selbstverständlich gehen wir ergebnisoffen an diesen Prozess, und das heisst, eine Kombination aus allen drei Instrumenten darf man nicht aus den Augen lassen, wenn man dieses Thema ergebnisoffen anschauen will. Der Stadtrat hat sich nie geäussert, dass er nur eine dieser Optionen so berücksichtigen möchte.

Jetzt ganz kurz: Vorher hat das Budget so ausgesehen. Der Stadtrat hat ursprünglich 5,3 Mio. Gewinn veranschlagt. Da muss ich sagen, hier habe ich bereits die Einlage in die finanzpolitische Reserve wieder zurückgerechnet. Vorher waren es 3,7 – also die Differenz von 3,7 zu 5,3 ist die finanzpolitische Reserve. Neu sind wir bei einem Gewinn von 1,93 Mio., also immer noch ein Ertragsüberschuss, so wie er heute budgetiert ist.

Die Nettoinvestitionen wurden nicht angefasst, d.h. wir sind immer noch bei 110 Mio. Nettoinvestition im Finanzvermögen. Die Verschuldung wurde oft erwähnt. Ich möchte da nur kurz etwas vorrechnen: Wir gehen aktuell immer noch von rund 70% Realisierungsgrad aus, d.h. wir wären bei 77 Mio., die wir effektiv ausgeben. Wir haben rund 51 Mio. Abschreibungen, d.h. unter dem Strich sind es 26 Mio., die wir zusätzlich zu den Abschreibungen ausgeben müssen. Jetzt rechnen wir der Einfachheit halber mit 2 Mio. Ertragsüberschuss, das gibt eine Zunahme der Verschuldung von 24 Mio. Das einfach zu Ihrer Information. Es ist vielleicht auch noch ein Punkt, weshalb es doch durchaus Argumente gibt für einen Antrag der Grünen für Steuererhöhung. Es ist jetzt aber nicht so, dass der Stadtrat da dahintersteht – das vorweg - der Stadtrat hält an den 122% fest. Das hauptsächlich auch aus der Überlegung, dass Konstanz wichtig ist. Da möchte ich auch Urs Hofer Recht geben, das sieht der Stadtrat ebenfalls so. Eine gewisse Konstanz, eine gewisse Berechenbarkeit ist ein wichtiges Thema. Und das andere ist auch, dass wir jetzt diesen Prozess von diesem FAP seriös angehen müssen, und das heisst, auch nicht vorgreifen, was den Steuerfuss angeht.

FAP ist das Thema. Ich zeige es nochmals schnell, wie es da aussieht. Statt 5,3 sind wir da bei 1,9 Mio., das verändert natürlich auch den mittelfristigen Ausgleich, und zwar sind wir da neu bei 22,9 Mio., d.h. der mittelfristige Ausgleich ist auch immer noch gewährt. Es wurde viel diskutiert. Es wurde heute auch wieder geäussert, dass man die Wirkung der Sparprogramme zunichte macht mit diesem Budget. Wir haben schon viel darüber gesprochen. Ich bemühe Sie jetzt nochmals kurz, diese Zahlen anzuschauen, woher diese Steigerung kommt. Ich fange mit dieser Grafik an. Sie wurde schon gezeigt, die hat Felix Helg schon bei der Eintretensdebatte gezeigt. Wir sehen, das grösste Wachstum kommt einerseits aus dem Departement Schule und Sport, die rötliche Fläche hier unten, und aus dem Departement Soziales, die hellblaue Fläche. Und bei den restlichen Departementen ist das Wachstum sehr klein. Das Wachstum, das sehr klein ist in den restlichen Departementen, kann man mit dieser Grafik sehr gut erklären: Das ist das Bevölkerungswachstum. Wir sehen, es war ein erhebliches Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren.

Die rote Kurve ist die Veränderung, d.h. seit 1998 haben wir nur positive Veränderung der Bevölkerungszahlen gehabt. Departement Soziales und Departement Schule und Sport wurde erwähnt. Ich zeige nochmals rasch diese Grafik. Ohne dass wir jetzt wahnsinnig überbordende Zusatzleistungen in der Stadt Winterthur erbringen, haben wir pro Kopf, pro Einwohner Kosten von 1'523 Fr. in der Stadt für Soziallasten. Und Wildberg als Gegenvergleich, das natürlich am anderen Ende der Skala steht, hat Kosten von 92 Fr. Das ist ein unglaublicher Vergleich. Und da ist es kein Wunder, gibt es einen Unterschied bei der Belastung im Sozialen. Auch das Wachstum (auch diese Grafik kennen Sie alle): Die Zunahme im Vergleich zum kantonalen Mittel ist einfach immens in der Stadt Winterthur – und auch in den anderen Städten. Das hat mit den Städten an sich zu tun. Der rote Teil wird uns heute nicht über den Finanzausgleich abgegolten, und deshalb ist es auch ganz klar, dass wir im Bereich Soziallastenausgleich etwas machen müssen.

Die Schulkosten wurden erwähnt. Auch hier nochmals eine Grafik, die vielen von Ihnen bekannt vorkommt. Die wachsenden Kosten in der Schule. Hier einfach nochmals ein wichtiger

Hinweis: Seit ca. 2010 verlaufen die Kosten pro Einwohnerin und Einwohner in der Stadt Winterthur für die Schule etwa parallel zum Kanton. D.h. auch da haben wir eine Steigerung gehabt, aber seither hat man in etwas eine parallele Entwicklung zum Kanton. Das lässt also den Schluss zu, dass das Wachstum in der Schule hauptsächlich aus dem Bevölkerungswachstum kommt.

Wir haben ein Fazit gehabt, als wir das Budget präsentiert haben. Was hat sich dabei verändert? Das zweckfreie Eigenkapital bleibt nach wie vor relativ stabil bei 100 Mio., auch nach diesem Budget und nach Ihren Anpassungen. Auch der Mittelfristausgleich ist nach wie vor gewährt, da können wir ein Häkchen dahinter setzen. Ich würde jetzt bei der Gefahr eines Bilanzfehlbetrages eine kleine Klammer dahinter setzen, aus dem einen Grund, dass wir jetzt einfach näher bei einer Null sind, und aus dem anderen Grund halt schon, dass man jetzt Kürzungen hatte (die man hier drinnen diskutiert hat), bei denen es fraglich ist, ob sie wirklich so einschlagen. Ich bringe die 2 Mio. in der Sonderschule als Beispiel. Sonderschule findet statt, zitiere ich Jürg Altwegg immer, d.h. die Kosten werden unter Umständen anfallen, auch wenn wir sie nicht mehr im Budget haben. Und das könnte natürlich das Budget kehren. Auch immer noch, das ist klar: Die Eigenkapitaldeckung ist nach wie vor knapp, die Verschuldung nimmt leicht zu, wir haben es gehabt.

Die Folgekosten vom Bevölkerungswachstum belasten diese Stadt, das habe ich vorhin alles aufgeschlüsselt, das haben wir zusammen angeschaut. Mit dem Budget 2021 wird sich der Stadtrat nochmals eingehend mit diesen doch ziemlich schwierigen Aussichten befassen und auch entsprechende Massnahmen zusammen erarbeiten. Und ich kann Sie also beruhigen, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, auch Sie werden noch Gelegenheit bekommen, da Verantwortung zu übernehmen, was diesen Prozess anbelangt.

Und, wie gesagt, wichtig bei den Soziallasten: Die Erhöhung vom kantonalen Anteil an den Ergänzungsleistungen ist ein Erfolg, was man da erzielen konnte. Aber die SVP hat das Referendum ergriffen. Und da auch noch einfach ein Hinweis: Für Winterthur ist das immens wichtig. Diese Belastung wächst und wächst, sie engt uns immer mehr ein im finanziellen Spielraum. Und es ist ganz wichtig, dass wir da einen faireren Soziallastenausgleich bekommen.

Ich komme zum Schluss: Der Stadtrat (obwohl es Gründe gibt, um den Steuerfuss zu erhöhen) gewichtet das Argument mehr, dass wir eine gewisse Stabilität haben müssen und dass wir den Prozess vom unausgeglichene FAP seriös angehen müssen und da jetzt nicht vorgehen und schon jetzt den Steuerfuss erhöhen. Der Stadtrat empfiehlt: Bleiben bei 122%.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge zu Steuern und Finanzausgleich in der Produktegruppe 280. Wir stimmen über beide Anträge gleichzeitig ab. Es sind die Anträge der Grüne/AL-Fraktion betreffend Reduktion vom Globalkredit um 6 Mio. und betreffend Erhöhung des Steuerfusses auf 124%.

Wer diesen beiden Anträgen zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer die Anträge ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit sind diese Anträge mit einer deutlichen Mehrheit abgelehnt und die Produktegruppe 280, Steuern und Finanzausgleich genehmigt.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung und gehen gemäss Ziffern vor.

Ziffer 1: Das Budget der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktegruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2020 wird genehmigt.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Dann ist die Ziffer 1 mit einer Gegenstimme genehmigt.

Ziffer 2: Das Budget der Stadt Winterthur über die Ausgaben und Einnahmen in der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens für das Jahr 2020 wird genehmigt.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Auch diesem Antrag ist mit einer Gegenstimme zugestimmt.

Ziffer 3: Der Steuerfuss der ordentlichen Gemeindesteuern wird auf 122 Prozent – und da ist noch eine Korrektur in der Klammer, es ist im Vergleich zu 2019, nicht zu 2018, wo es auch 122% war - der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer diesen Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Auch da habt Ihr deutlich zugestimmt.

Ziffer 4: Der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) der Stadt Winterthur für die Jahre 2021 bis 2023 wird zur Kenntnis genommen.

Mir sind keine Voten bekannt. - Doch, Urs Glättli hat einen Antrag auf negative Kenntnisnahme.

U. Glättli (GLP): Ich möchte den Antrag kurz begründen. Die Grünliberalen beantragen eine negative Kenntnisnahme vom Finanz- und Aufgabenplan. Wir sind tief besorgt über die in Aussicht gestellte Finanzplanung. Mit einem prognostizierten Minus von 25, 40 und 54 Mio. Franken in den kommenden Jahren scheint der FAP tiefrot. Wenn man dann noch berücksichtigt, dass 2022 und 2023 mit der kommenden Revision beim Sozialhilfegesetz der dort zu verankernde Soziallastenausgleich in einer gewissen Höhe mit 17 Mio. Franken gerechnet wird, sieht es noch schlimmer aus. Stürzt diese Verankerung nämlich ab (was man heute nicht weiss, aber auch nicht ausschliessen kann) oder wird eine solche Verankerung für Winterthur eben gar nicht so wirksam sein wie erhofft, dann beträgt das Minus im Jahr 2023 71 Mio. Franken. Was das für die Steuern heisst, haben wir bereits vorgerechnet. Es gilt da und jetzt, ein politisches Zeichen zu setzen und keine Vogel-Strauss-Politik zu betreiben.

Wir wissen nicht erst seit diesem Jahr: Das Wasser steigt und das Schuldenloch wird grösser und die Aussichten sind zappenduster. Auch was warten wir eigentlich noch? Es ist Zeit für ein politisches Zeichen! Wir wollen, dass vor der Aktivierung der Schuldenbremse reagiert wird. Wir wollen, dass jetzt reagiert wird. Es ist Zeit!

Nehmen Sie den FAP bitte negativ zur Kenntnis.

I. Kuster (CVP/EDU): Wir haben schon gesagt, dass wir mit dem Finanz- und Aufgabenplan nicht zufrieden sind. Der FAP prognostiziert eine dramatische finanzielle Zukunft von Winterthur. Wir haben uns lange überlegt, wie wir auf den Finanz- und Aufgabenplan reagieren wollen. Wir wollten ihn ursprünglich einfach zur Kenntnis nehmen. Aber nach den Diskussionen der letzten zwei Montage zum Budget 2020 ist für die CVP/EDU-Fraktion klar, es braucht ein noch deutlicheres Zeichen an den Stadtrat.

Diese Planung ist und bleibt für uns nicht akzeptabel. Wie schon in meinem Einführungsvotum ausgeführt, ist die CVP/EDU-Fraktion der Überzeugung, dass der Budgetprozess so nicht funktioniert und grundsätzlich überarbeitet werden muss. Wir stehen vorläufig zu WOV und glauben, dass wir sehr wohl verstanden haben, wie WOV funktionieren sollte. Für uns steht aber WOV für wirkungsorientierte Verwaltungsführung und nicht wunschorientierte Verwaltungsführung.

Und da wiederhole ich mich halt, was vorher schon gesagt wurde, aber es ist mir wirklich wichtig.

Die Nicht-Bewilligung des Wega-Kredits hat uns enorm Kritik eingetragen. Wir wollen hier zuhänden der anderen Parteien, obwohl es bereits gesagt wurde, auch nochmals festhalten und auch zuhänden der Medien und natürlich fürs Protokoll: Die CVP/EDU-Fraktion ist nicht gegen Sonderschulmassnahmen. Uns als Familienpartei ist wichtig, dass die Kinder die bestmöglichen Chancen haben. Wir akzeptieren aber nicht, dass ein solch wichtiges Vorhaben so kurzfristig und dilettantisch mit dem Budget genehmigt werden soll und wir zu einem Konzept und zu Ausgaben Ja sagen müssen, ohne dass dies eingehend und seriös diskutiert werden konnte (nur informieren allein reicht uns nicht). Wir erwarten jetzt, wie Annetta das auch gesagt hat, dass der Stadtrat zeitnah eine Weisung zum Thema Wega ausarbeitet.

Und auch noch der Hinweis: Dass wenn man 1 Stelle von 3 kürzt bei den Zahnärzten, die Gebühren angepasst werden müssten... Im Budget sind die Gebühren bereits gesunken, obwohl man die Stellen aufstockt. Ich – nicht in der Kommission – kann das einfach nicht nachvollziehen. Und es fehlt auch eine Begründung. Es steht dann bei den Gebühren: «Geringere Einnahmen bei schulzahnärztlichem Dienst». Eine Stellenaufstockung mit 3, man streicht 1 Stelle, 2 hat es immer noch. Da müssten die Einnahmen steigen nach meinem Empfinden. Die Diskussion zum Thema Wega ist für uns ein gutes Beispiel, wieso der Budgetprozess in Winterthur nicht funktioniert. Wir nehmen daher den Finanz- und Aufgabenplan ablehnend zur Kenntnis, verbunden mit der klaren Erwartung und auch dem Auftrag an den Stadtrat und die Verwaltung, dass der FAP grundsätzlich überarbeitet wird und sicher nicht als Grundlage für die Budgets 2021 und 2022 dient. Unsere Erwartung ist, dass in den einzelnen Bereichen die Kosten nicht stärker ansteigen als das Bevölkerungswachstum. Angesichts der Tatsache, dass wir zurzeit keine Inflation haben, sollte dies doch möglich sein.

Und wenn neue Aufgaben anstehen oder neue Projekte lanciert werden, soll dies nicht einfach im Rahmen des Budgets beantragt werden, sondern dann wollen wir eine konkrete Weisung für das entsprechende Vorhaben.

Und ganz generell wollen wir, dass die Verwaltungstätigkeit halt noch effizienter wird. Wir sind überzeugt, dass die einzelnen Bereiche dazu sicher interessante Vorschläge haben, wenn sie auch dazu gefragt werden. In diesem Sinne sind wir gespannt, ob der neue Finanzstadtrat Kaspar Bopp den Budgetprozess reorganisieren kann und der Gesamtstadtrat in der Lage ist, für 2021 ein Budget und einen entsprechenden überarbeiteten Finanz- und Aufgabenplan vorzulegen, ohne dass wir den Finanznotstand für Winterthur ausrufen müssen.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion sind offen und bereit, gemeinsam den Weg zu gehen und freuen uns auf eine kooperative Zusammenarbeit.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Finanzplan FAP ist einfach ein Arbeits- und Führungsinstrument der Behörden, er ist nicht verbindlich. Ich habe festgestellt, dass man drei Montage damit argumentiert, dass der FAP in Zukunft schlecht ist – und jetzt geht man hin und sagt «Aber wir nehmen von diesen Zahlen gar keine Kenntnis» - von diesen Zahlen, mit denen Ihr immer argumentiert habt. Das geht nicht auf, oder.

Wir nehmen wirklich nur zur Kenntnis. Und es ist nicht so, dass wir einverstanden sind damit, wenn wir diesen Antrag des Stadtrats gutheissen.

Stadtrat K. Bopp: Ich nehme gerne noch kurz Stellung dazu. Iris Kuster war etwas ausschweifend, ich erlaube mir, ganz kurz zu zwei Sachen Stellung zu nehmen. Das eine ist die Zahnarztstelle. Dort werden wir normalerweise nicht pauschal entschädigt, sondern pro behandelte Patientin oder Patient. Und mit drei Zahnärztinnen oder Zahnärzten können wir einfach mehr Patientinnen und Patienten behandeln als mit zwei – und entsprechend sind natürlich auch die Einnahmen höher. Das so die Rechnung, wie wir sie machen. Und zudem haben wir noch Fixkosten, die dann auch noch günstiger werden mit drei Zahnärzten. Das 2. Thema ist Wega. Es ist nicht mein Thema, aber es regt mich in diesem Moment schon ein bisschen auf. Man war 4 x in der Kommission und hat berichtet. Und heute sagt man, man habe keine Informationen. Ich war nicht dabei, ich weiss nicht, was alles berichtet wurde, aber man war 4 x in der Kommission, hat berichtet, man konnte Fragen stellen. Ich weiss nicht, ob dann die falschen Fragen gestellt wurden, das kann ich nicht beurteilen. Aber das ist mehr als in vielen anderen Geschäften.

Und jetzt zur negativen Kenntnisnahme: Ich finde es ein bisschen merkwürdig. Ich habe es schon mal gesagt: Sie haben definiert in der Schuldenbremse, wenn das Mittel über die 8 Jahre (d.h. 3 Budgetjahre, das aktuelle Budgetjahr und die 4 Planjahre) negativ ist, dann muss der Stadtrat Massnahmen bringen. Und Sie haben nicht definiert, dass wenn die 3 Planjahre negativ sind, der Stadtrat bereits Massnahmen bringen müsste. Das ist das, was Sie jetzt im Prinzip damit verlangen. Und das hätte man meinerwegen so diskutieren und festschreiben können, aber heute steht das so nicht drin. Der Stadtrat hat auch von Anfang an gesagt, er nimmt sich diesem Thema an, man wird das Thema angehen. Ich bin froh, wenn Sie uns aus dem Gemeinderat Zeichen setzen. Ich glaube, die Zeichen sind klar. Wir haben

die Zeichen erhalten in der Debatte, es wurde heute erwähnt, wir haben schon im Voraus und von Anfang an selber schon gesagt, dass es da etwas braucht, dass das auch für uns alarmierend ist. Wir haben die Zahlen auch fett und rot dargestellt. Ich glaube, viel mehr können wir nicht zeigen, dass uns die Situation bewusst ist und dass wir auch ohne negative Kenntnisnahme jetzt dieses Thema sehr, sehr ernst nehmen.

Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen, wie man das üblicherweise macht. Wir haben jetzt auch ein verabschiedetes Budget. Dass Sie diese Zahlen zur Kenntnis nehmen und wir im Rahmen der Vorgaben Ihnen demnächst oder im Verlauf des Budgets 2021 einen Vorschlag unterbreiten dürfen.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem GLP-Antrag zustimmen möchte und den FAP negativ zur Kenntnis nehmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer dem Stadtratsantrag folgen und den FAP zur Kenntnis nehmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit habt Ihr mit 29:28 Stimmen den FAP zur Kenntnis genommen und seid dem stadträtlichen Antrag gefolgt.

Wer jetzt staunt wie ich vorhin auch: Es ist so, dass ein Ratsmitglied uns französisch verlassen hat, also verschwunden ist.

Wir kommen zur Ziffer 5 bei der Schlussabstimmung: Der Stadtrat wird ermächtigt, pauschal in der Produktgruppe «Städtische Allgeminkosten» eingestellte Positionen im definitiven Budget den Produktgruppen zu belasten.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Der Antrag ist mit einer Gegenstimme angenommen.

Damit haben wir das Budget 2020 inklusive Novemberbrief durchberaten. Das bedeutet auch, dass wir die Budgetmotion 2019.007 betreffend Mindestrendite für Immobilien im Finanzvermögen ebenfalls behandelt und genehmigt haben. Damit ist diese Budgetmotion abgeschrieben und vom Tisch.

Ich möchte an diesem Punkt auch ganz herzlich den Mitarbeitenden vom Finanzdepartement danken, die immer, rund ums Jahr, lange Zeit am Budget arbeiten, aber letztendlich dann auch in der Vorberatung die Kommissionen unterstützen in der Beratung und auch jetzt da waren und uns unterstützt haben. Sie stellen uns auch jeweils das Drehbuch zur Verfügung, damit wir das Budget so beraten können, dass wir auch alle wissen, wo wir sind. Herzlichen Dank für diese unterstützende Arbeit.

Ich habe eingangs gesagt, ich wisse nicht so recht, wie lange wir für das Budget haben. Ich habe den Apéro auf 19.00 Uhr bestellt. Ich gehe davon aus, dass Ihr nicht einfach untätig herumsitzen oder -stehen wollt bis 19 Uhr, sondern dass Ihr mit mir einverstanden seid, dass wir noch die nächsten Traktanden angehen und dann wirklich auf 19 Uhr an den Apéro gehen. Wenn ich keine Gegenstimmen höre, keinen Ordnungsantrag, dann werden wir jetzt in die weiteren Traktanden einsteigen.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2019.110: Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2019 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)

Ratspräsident A. Geering: Das Traktandum 9 (Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2019; GGR-Nr. 2019.110) ist von der Traktandenliste abgesetzt, da das Geschäft in der AK noch nicht abschliessend beraten wurde.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2017.90: Fristerstreckung für die Umsetzung der Motion U. Glättli (GLP), Ch. Baumann (SP), G. Gisler (SVP) und Y. Gruber (BDP/EVP) betr. Schulbehörden-Organisation Winterthur

Ratspräsident A. Geering: Fristerstreckung für die Umsetzung der Motion betreffend Schulbehörden-Organisation Winterthur. Das wird vorgestellt von der zuständigen Kommission, Markus Steiner.

M. Steiner (SSK): Ich könnte noch etwas zu Wega sagen, wir hätten noch ein bisschen Zeit... Aber ich lasse das jetzt bleiben.
Ich mache es kurz und trocken: Die Kommission hat dieser Fristverlängerung einstimmig mit 9:0 zugestimmt. Inhaltlich begründen wird sie sicher noch der zuständige Stadtrat im Anschluss. In der Kommission wurde einzig die Kurzfristigkeit bemängelt, mit der dieser Antrag in die Kommission und damit auch in den Rat kam.

Ratspräsident A. Geering: Es war zu Null in der Kommission, ich gehe nicht von einer Debatte aus. Das Wort hat damit der Stadtrat Jürg Altwegg.

Stadtrat J. Altwegg: Herzlichen Dank der vorberatenden Kommission, die das 9:0 angenommen hat. Es geht da im Wesentlichen darum, dass wir die Motion, das haben wir damals schon gesagt, grundsätzlich gerne entgegengenommen haben – im Zusammenhang mit der gesamten Gemeindeordnungsrevision. Und die ist ja «auf der Spur», sage ich mal. Sie haben ja die Vernehmlassungszusammenfassung bereits sehen können. Wir sind also wirklich dran, das ist dort eingeflossen das Ganze.
Und ja, ich möchte mich dafür entschuldigen, dass wir da relativ knapp in die Kommission gekommen sind vor Fristablauf. Von daher schauen wir, dass es in Zukunft rechtzeitig in der Kommission sein wird.

Ratspräsident A. Geering: Damit ist die Frist gemäss Antrag in der Weisung erstreckt.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2019.108: Begründung des Postulats M. Steiner (SP), Th. Leemann (FDP), K. Gander (Grüne/AL) und S. Müller (EVP) betr. Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt

12. Traktandum

GGR-Nr. 2019.23: Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) und S. Kocher (GLP) betr. Gymnasiumsprüfungsvorbereitung

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur gemeinsamen Behandlung der Traktanden 11 und 12. Traktandum 11, Begründung des Postulats betreffend Angebot einer qualitativ hoch-

wertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt und Traktandum 12, Beantwortung der Interpellation betreffend Gymnasiumsprüfungsvorbereitung.

Bevor wir da einsteigen, hat Michael Gross einen Ordnungsantrag.

M. Gross (SVP): Ich möchte gerne den Ordnungsantrag stellen, dass wir da die Sitzung unterbrechen bzw. mit der Sitzung aufhören. Ich glaube, es ist genug geredet worden im Rat und auch wenn es noch eine Viertelstunde geht, bis die einen das 1. Glas Weisswein trinken können, haben wir glaub's genug gearbeitet.

Und wir sind, so wie ich das gehört habe, auch nicht hintennach mit den Geschäften.

Ich möchte gerne den Antrag stellen, dass man uns jetzt da in die Weihnachtszeit entlässt.

Stadtrat N. Galladé: Der Stadtrat schliesst sich dem an.

Ratspräsident A. Geering: Wir haben das Budget beraten, wir haben die Fristerstreckung gemacht. Betreffend «nicht hintennach» mit den Geschäften: Wir haben eine Interpellationsantwort, die seit Dezember 2017 vorliegt und dann weitere 6 Antworten von Interpellationen und Postulaten, die seit dem 1. Semester 2018 vorliegen. Mein Ziel ist es, mindestens diese Vorstösse bis Ende meines Amtsjahres abzuarbeiten, dass wir nicht mehr Vorstösse hinübernehmen, dass wir nicht Vorstösse hinübernehmen ins nächste Amtsjahr, die älter sind als zwei Jahre. Das schaffen wir aber heute ohnehin nicht mehr, das ist richtig. Aber ich wollte das schon ankündigen. Ich werde mir da einen Plan überlegen und Euch diesen rechtzeitig zur Kenntnis bringen.

Wer dem Ordnungsantrag auf Abbruch der Sitzung zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Das ist eine Mehrheit, die für den Abbruch der Sitzung ist.

In dem Sinn sind wir jetzt eingeladen in den unteren Stock für den Weihnachtsapéro. Ich wünsche Euch jetzt einen guten Apéro und dann alles Gute für die Festtage.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)